

seduta n. 131 del 16 ottobre 1997

Vorsitz Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

(Ore 10.24)

PRÄSIDENT: Ich bitte Platz zu nehmen. Wir beginnen mit den Arbeiten.
Ich bitte um den Namensaufruf.

DIVINA: (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Ich darf folgende Entschuldigungen bekanntgeben: Tosadori, Montefiori, Frasnelli vormittags, Dalbosco und Mayr Sepp.
Ich bitte um Verlesung des Protokolls.

DIVINA: (Sekretär):(verliest das Protokoll)
(segretario):(legge il processo verbale)

PRÄSIDENT: Sind Einwände zum Protokoll? Keine, dann gilt das Protokoll als genehmigt.

Bevor wir zum Fortgang der Arbeiten kommen, möchte ich noch etwas sagen. Ich möchte ganz kurz zu gestern abend noch Stellung nehmen, ohne persönlich zu werden, weil ich mir erlaubt habe, mit dem Hauptbetroffenen der gestrigen Szene zu reden und somit möchte ich keine persönlichen Dinge da darlegen.

Ich wollte nur eines sagen: Ich bitte die Abgeordneten doch die Kopfhörer aufzubehalten wenn ich als Präsident rede, denn ich habe die Pflicht und das Recht in meiner Muttersprache zu sprechen, auch wenn es Aufregung und Schwierigkeiten gibt, denn das was gestern am Abend passiert ist, ist das eindeutige Ergebnis gewesen, daß niemand mehr die Kopfhörer auf hatte und somit nicht mehr verstanden hat, was ich gesagt habe. Gestern war eine ungute Situation. Es wurden zwei Punkte von mir zur Behandlung vorgeschlagen, zum Fortgang der Arbeiten, und zwar einmal, was wir anschließend behandeln. - das war der Vorschlag die Tagesordnung zu bestätigen - und zum zweiten hat der Abgeordnete Benussi immer zur Prozedur gesagt, daß die Arbeiten unterbrochen und das Personalgesetz nicht behandelt werden sollten, weil der Assessor noch nicht feststeht.

Dann habe ich höflichkeitshalber den ersten Teil zur Abstimmung gebracht, der genehmigt worden ist und damit mußte die Sitzung unterbrochen werden. Zur Prozedur selber - glaube ich - dürfte ich schon noch Stellung nehmen und als Präsident sagen, was morgen dann behandelt werden soll, auch um dem Recht der Abgeordneten Genüge zu tun, damit sie wissen welche Unterlagen sie mitnehmen sollen. Das hat allerdings zu diesem Mißverständnis geführt, denn ich glaube die Abgeordneten haben

das Gefühl gehabt, ich möchte weiterarbeiten, obwohl das Gegenteil beschlossen worden ist. Das wollte ich natürlicherweise auf keinen Fall. Unabhängig von der Sache selber bitte ich aber doch auch in schwierigen Situationen ruhig zu bleiben. Mir ist klar, daß gestern ein sehr aufregender Tag war, es ist eine neue Mehrheit angetreten, es war auch sehr viel Nervosität im Saal, aber ich würde trotzdem bitten ein Minimum an Respekt und Würde sei es gegenüber dem Regionalrat als auch gegenüber dem Präsidium zu wahren. So leicht ist es auch nicht bei 70 Abgeordneten mit verschiedenen Meinungen immer alle Wünsche unter einen Hut zu bringen. Diese Bitte würde ich da deponieren.

Ein zweites bevor wir jetzt zu den Anträgen zur Tagesordnung übergehen. Wir haben heute im Präsidium über die Form der Behandlung der möglichen Abänderungen der Tagesordnung geredet. Der Artikel 124 der Geschäftsordnung gibt dem Präsidium die Zuständigkeit, Auslegungsformen zu treffen. Wir haben bereits eine Auslegungsform getroffen. Diese Auslegungsformen werden immer auf diesem blauen Blatt festgehalten, um mehr Rechtssicherheit zu geben, d.h. wir möchten jedesmal wenn sie getroffen werden sie auch schriftlich festhalten, so daß dann auch für andere Fälle und für die Zukunft immer die gleiche Regel gilt.

Unter Artikel 56 steht schon etwas was in solchen Fällen gelten kann. Da heißt es: „nel caso di concorso tra diverse richieste di anticipo della trattazione dei punti e tra diverse richieste di inserimento di nuovi punti all' ordine del giorno, il Presidente decide inappellabilmente circa la procedura ed il coordinamento delle stesse.“

Falls verschiedene Anträge um Vorverlegung der Behandlung von Tagesordnungspunkten und mehrere Anträge um Einfügung neuer Punkte in die Tagesordnung vorliegen, entscheidet der Präsident unanfechtbar über die Verfahrensweise und die Koordinierung der verschiedenen Anträge.

Wir wollten um das transparenter zu machen eine zusätzliche Interpretation geben, die heute vormittag genehmigt worden ist und die folgendermaßen aussieht:

Wenn ein Punkt zur Änderung der Tagesordnung beantragt wird, dann kommt dieser Punkt zur Abstimmung. Wenn hingegen verschiedene Anträge auf Änderung der Reihenfolge der Behandlung der auf die Tagesordnung gesetzten Punkte kommen oder einiger Punkte, die bereits durch vorhergehende Beschlüsse des Regionalrates vorgezogen wurden - dieser Konflikt liegt auch häufig vor, man beschließt etwas vorzuverlegen, man beschließt Dringlichkeit -, dann kann der Präsident dem Regionalrat einen Koordinierungsvorschlag zur Behandlung der auf die Tagesordnung gesetzten Punkte oder die Bestätigung der vorher mitgeteilten Tagesordnung vorschlagen und darüber abstimmen lassen. Also, wenn mehrere Sachen sind, die gegenseitig konkurrieren, dann mache ich entweder einen Gesamtvorschlag oder ich sage, die Tagesordnung ist so vereinbart worden mit den Fraktionssprechern entsprechend dem alten Wunsch es bei den Dingen zu lassen und es soll so bleiben. Diese beiden Vorschläge kann der Präsident machen und darüber wird abgestimmt.

Wird die Reihenfolge der Behandlung der Tagesordnung entsprechend dem vom Präsidenten gemachten Koordinierungsvorschlag vom Regionalrat genehmigt oder die vorher mitgeteilte Tagesordnung bestätigt, verfallen natürlicherweise die weiteren

Anträge auf Änderung der Tagesordnung. Die gesamten Anträge können für die Regionalratssitzungen der nächsten Monatssession wieder vorgebracht werden. Falls hingegen der Vorschlag des Präsidenten keine Mehrheit findet, weder die Bestätigung der Tagesordnung noch ein Koordinierungsvorschlag, dann kommen die Anträge, die zur Tagesordnung eingebracht worden sind, wenn es mehrere sind, in chronologischer Reihenfolge zur Abstimmung wie sie eingebracht worden sind. Sobald einer die Mehrheit findet, wird er mit Vorzug unmittelbar behandelt und erst nach Ende der Behandlung desselben Punktes kommt der nächste Punkt dran. Das um zu verhindern, daß jemand etwas vorverlegen läßt und dann nicht zum Zuge kommt, weil noch eine Menge anderer Punkte davor sind. Die anderen Punkte kommen nachher, nachdem dieser vorgezogene Punkt erledigt worden ist. Dann heißt es noch, die vom Präsidenten festgesetzten institutionellen Punkte haben auf jeden Fall den Vorrang vor der Behandlung der Tagesordnung, und zwar entsprechend dem vom Präsidenten bestimmten Modalitäten. Das bekommt ihr natürlicherweise schriftlich, das was das Präsidium heute als Interpretation für diese Fälle festgelegt hat.

Jetzt kommen wir zu den heutigen Arbeiten. Etwas muß ich noch sagen. Der Abgeordnete Palermo hat mich auf etwas aufmerksam gemacht was die Abstimmungsmodalitäten betrifft. Gestern ist einmal offen abgestimmt worden und dann waren Schwierigkeiten bei der Zählung und dann ist die schriftliche Abstimmung beantragt worden. Ich muß korrigieren und für die Zukunft festhalten, daß wir in diesem Falle Namensaufruf machen müssen und nicht die schriftliche Abstimmung, weil es ausdrücklich feststeht. Ich lese es vor: Die Abstimmung durch Handerheben, durch Aufstehen oder Sitzenbleiben ist der Gegenprobe unterworfen, wenn diese sofort nach Verkünden des Ergebnisses beantragt wird. Sollten auch über das Ergebnis der Gegenprobe noch Zweifel herrschen, wird zur Abstimmung durch Namensaufruf geschritten. Da hat der Abgeordnete Palermo recht, das gilt in dieser Form für alle zukünftigen Fälle.

Jetzt zur Tagesordnung selbst, die Abgeordnete Klotz bitte.

KLOTZ: Herr Präsident, ich möchte Sie zunächst bitten, daß Sie uns diese Auslegung auch zukommen lassen, denn während ein Teil in dieser neuen Broschüre und im blauen Beiblatt enthalten sind, sind natürlich einige Dinge, die Sie jetzt hier verlesen haben, bisher nirgendwo festgehalten. Jedenfalls habe ich diese Unterlage nicht. Das zum einen.

Herr Präsident zum Fortgang der Arbeiten. Wir lesen heute in der Tageszeitung „Dolomiten“ von einer Aussendung des Vizepräsidenten der Regionalregierung, daß vor jeder anderen Behandlung eines Gesetzentwurfes die Übertragung der Zuständigkeiten für das Kreditwesen und für die Handelskammern und das Genossenschaftswesen von der Region auf das Land erfolgen müsse. Noch einmal deutlicher, die Übergabe der Zuständigkeiten liege der Regionalregierung als Gesetzesvorschlag bereits vor. Noch davor steht: vor jeder anderen Behandlung eines anderen Gesetzentwurfes müsse diese Delegation erfolgen.

Meine Frage, Herr Präsident, liegt dieser Antrag auf Vorverlegung dieses Punktes der Delegation, also der Übergabe der Kompetenzen vor? Liegt dieser Antrag vor? Ich habe gestern nichts von einem Wunsch der Regierung oder der Mehrheitsparteien gehört, diese Delegation welcher Art auch immer vorzunehmen. Entweder liegt der Antrag vor und er wird hier bestätigt und jetzt behandelt oder ich muß davon ausgehen, daß es ein Bluff ist. Herr Vizepräsident der Regionalregierung, ist euch damit ernst, dann müßt ihr das jetzt machen und uns diesen Antrag vorlegen und behandeln. Sonst muß ich davon ausgehen, daß es eine Presseente ist, daß es eine Falschmeldung ist und dann bitte ich Sie dies entsprechend richtig und klar zu stellen. Ich habe sonst ja keine Quelle, aber ich denke mir, wenn hier eine Presseaussendung des Vizepräsidenten der Region abgedruckt wird, daß er dann diese Pressemeldung hinausgegeben hat und daß der dann etwas zugrunde liegen muß. Ich bitte hier also um Aufklärung und entsprechende Bestätigung oder auch um ein offizielles Dementi dieser Meldung.

PRÄSIDENT: Danke, Frau Abgeordnete Klotz. Abgeordnete Zendron, ich nehme an, daß es um etwas anderes geht. Somit würde ich kurz antworten, weil es natürlicherweise nicht möglich ist, daß der Vizepräsident jetzt antwortet, weil wir ja bei keiner Fragestunde sind.

Ich kann Ihnen nur folgendes sagen: Ein Delegierungsgesetz ist vom Regionalausschuß vorgelegt worden, das ist der Gesetzgebungskommission zugewiesen worden und ist angeblich für den 24. Oktober 1997 zur Behandlung in der Gesetzgebungskommission vorgesehen. Dem Regionalratsplenum liegt nichts vor, weil, wie ich gestern mehrmals die Gelegenheit gehabt habe zu sagen, die Gesetze natürlicherweise vorher von der Kommission geprüft werden müssen. So ist das. Die Anträge im Regionalrat werden hier vorgebracht. Ich kann natürlicherweise nicht verhindern, daß jeder nach seinem besten Wissen und Gewissen Pressemitteilungen macht. Eine Diskussion darüber ist natürlich nicht möglich. Das nur zur Aufklärung.

Frau Abgeordnete Zendron, bitte.

ZENDRON: Presidente, su tutt'altro discorso, cioè sull'ordine dei lavori. Le devo confermare la mia richiesta di anticipazione, del punto n. 7) dell'ordine del giorno e cioè le leggi sulla democrazia diretta, ma vorrei anche spiegare, perché lei ha cercato di convincermi, le mie riflessioni in merito a questo aspetto.

La ragione per cui chiedo la conferma dell'anticipazione per evidenziare che non tutta l'aula intende trattare questo disegno di legge, non vuole rispettare l'impegno assuntosi.

Vorrei che fosse chiaro che c'è almeno una parte, magari minoritaria di quest'aula, che conferma l'impegno a trattare immediatamente questa legge nel rispetto che dobbiamo avere per i cittadini, perché in un primo tempo ci eravamo impegnati per giugno di quest'anno.

Voglio ribadire ufficialmente e farlo apparire anche in una votazione, che c'è una parte, che spero maggioritaria di quest'aula, che vuole finalmente trattare questo

disegno di legge, votate contro la mia richiesta se non siete d'accordo, però trattiamo tale punto.

Mi vergogno per il fatto che il Consiglio regionale non riesce a tenere in considerazione le esigenze normali che ci vengono poste.

Allora credo sia necessario evidenziare le responsabilità: c'è chi vuole trattare questo disegno di legge e chi non lo vuole trattare, altrimenti votare in commissione, data la mostruosa riforma del regolamento, lo SVP ed il suo gruppo hanno la maggioranza assoluta comunque, anche se non ascoltano la discussione, basta alzare la mano perché c'è questo strano conteggio, per ogni voto vale quanto il numero dei propri consiglieri, una cosa assolutamente anomala, assolutamente mai vista in una riunione di capigruppo, che annienta ogni possibilità, lo abbiamo notato ieri in misura drammatica, di accordo tra maggioranza e minoranza.

Quindi è facilissimo per il Presidente, che ha già le sue tendenze naturali, sbilanciarsi dalla parte della maggioranza e quindi praticamente non si riesce mai a trovare un accordo ragionevole, democratico, civile su che trattare e far emergere queste cose. Questo volevo spiegarle Presidente, per cui non rinuncio alla formale votazione della richiesta scritta, presentata in termini di regolamento, leggermente in ritardo rispetto alle previsioni normali delle 24 ore, ma ora ne sono passate 48, semplicemente perché la riunione dei capigruppo è avvenuta anche in ritardo rispetto a quello che è la prassi normale di fare la riunione una settimana prima o comunque per tempo rispetto alla seduta del Consiglio. Quindi era in ritardo quella riunione e chiaramente la mia richiesta scritta è potuta venire solamente subito dopo, però è motivata seriamente per il fatto che non si può continuare a rinviare. Desidero trattare questo disegno di legge e che emerga chiaramente chi lo vuole discutere o meno.

Per me ormai è un impegno improcastinabile, perché mano a mano che ci avviamo verso la fine della legislatura, con la scusa che si devono approvare punti importanti, si trascurerà questo disegno di legge di iniziativa popolare.

PRÄSIDENT: Danke. Ich muß wieder annehmen, daß die Abgeordnete Chiodi zu etwas anderem sprechen möchte. Dann wollte ich kurz der Abgeordneten Zendron antworten.

Wenn jetzt der Abgeordnete Atz auch auf seinem Vorschlag besteht, das Familienpaket auch vorzuverlegen, dann muß ich die Prozedur anwenden, die hier vorgesehen ist, daß ich entweder einen eigenen Vorschlag mache oder die Tagesordnung bestätigen lasse, ansonsten kommt Ihr Antrag so zur Abstimmung. Auf jeden Fall, ich verstehe schon die Sensibilität zum Thema Referendum und ich muß Ihnen sagen, daß ich diese teile, weil wir als Regionalrat die Verpflichtung eingegangen sind, innerhalb eines gewissen Termins, der bereits überzogen ist, die entsprechenden Volksbegehren zu behandeln. Allerdings hat dann der Regionalrat selbst durch andere Vorverlegungen sozusagen diese eigene Verpflichtung immer wieder vor sich hergeschoben. Ich wäre aber auch froh, wenn wir endlich zur Behandlung dieser Anträge kommen würden ohne damit die Wichtigkeit anderer Themen in Frage stellen zu wollen. Ich habe diesen Antrag auch in der Fraktionssprechersitzung gemacht und man hat ja im wesentlichen

dem Rechnung getragen. Wenn die Krise nicht ausgebrochen wäre, dann hätte man diese zwei, drei - und sonst muß man sie halt jetzt machen - wie sie vom Ausschuß bezeichnet werden „technischen“ Gesetze gemacht. Dann steht ja auch dieses großes Thema auf der Tagesordnung und die verschiedenen Anträge zum Referendum.

Bitte, Frau Abgeordnete Chiodi.

CHIODI: Volevo brevemente dire che sono stata molto attenta all'interpretazione che ha dato del regolamento, mi associo alla collega Klotz, chiedendo di distribuire la documentazione, perché non ho capito tutto.

Chiedo anche che per questa interpretazione del regolamento lei ci permetta, dopo averlo letto ed analizzato, di poterne discutere un momentino quando faremo la prossima conferenza dei capigruppo, perché ho capito alcune cose che non mi paiono quelle scritte nel regolamento, però Presidente mi potrei sbagliare, di conseguenza la prego di dare luogo a questa procedura.

Intervengo in merito all'ordine dei lavori di oggi. Chiedo al Presidente della Giunta se ha distribuito le deleghe ai nuovi assessori di questa Giunta che è finalmente nata, per avere il Consiglio pronto per i lavori e se ciò non è stato fatto chiedo se egli ha provveduto a formalizzare che manterrà ad interim le competenze, altrimenti credo ci troveremo in difficoltà a procedere con i lavori, essendo imperfetto l'organo esecutivo.

PRÄSIDENT: Der Abgeordnete Atz hat das Wort. Bitte. Frau Abgeordnete Chiodi inzwischen nur eine Sekunde. Ich möchte es auch der Abgeordneten Klotz sagen, sie ist jetzt nur im Moment nicht hier.

Natürlicherweise wird diese Interpretation, die zum Artikel über die Vorverlegung von Tagesordnungspunkten gegeben worden ist, schriftlich verteilt. Wir haben schon, das waren mehr die Juristen, darauf geachtet, daß sie genau im Sinne dessen ist was die eigentliche Geschäftsordnung sagt. Es geht nur darum wie die Prozedur dann festgelegt wird, wenn mehrere Anträge sind, die konkurrieren.

Abgeordneter Atz, die Frage war - auch von meiner Seite -, ob jetzt darauf bestanden wird auch das Familienpaket vorzuverlegen und über diesen Antrag abstimmen oder ob wir uns darauf beschränken können, den Antrag von der Abgeordneten Zendron über die Vorverlegung der Referendumsgesetze zu beschließen.

Bitte, Abgeordneter Atz.

ATZ: Herr Präsident, wir haben hier ja schon von mehreren Kollegen gehört, daß wichtige Themen zu behandeln sind. Es gibt das Thema Basisdemokratie, es gibt das wichtige Thema Familienpaket, das wir ja auch schon an erster Stelle gehabt haben und auch schon begonnen haben. Ich weise darauf hin, daß es innerhalb des Familienpaketes auch 70 Milliarden Lire gibt, die ja schon zweimal hier beschlossen worden sind und diese 70 Milliarden würden zum Großteil in Erhausung gehen und das - glaube ich - sind wir den Familien auch schuldig, daß das nicht passiert. Wenn der Wille schon da ist, daß diese 70 Milliarden zugunsten der Familien und der sozialen Ziele eben ausgeschüttet werden, dann sollen sie auch zur Ausschüttung und zur Verwendung

kommen und nicht hier wieder in Erhausung gehen, um dann wieder ein Jahr zu verlieren, um sie einsetzen zu können. Deshalb glaube ich, daß wir einen großen Konsens zu diesem Familienpaket in dieser Aula haben können und daß wir auch einsehen werden, daß es auch ein dringendes Thema ist. Weiters wissen wir und die Büros und die Ämter drängen wohl alle, daß wir die Bilanzen vor Ende des Jahres zu machen haben werden.

Ich staune, daß die Kollegin Klotz jetzt auf einmal auf unseren Zug, auf den Zug der SVP aufspringt und jetzt plötzlich die Delegierungen so verkauft als ob sie ihre wären. Die Delegierungen, Kollegin Klotz, dafür haben wir gekämpft und dafür werden wir weiterkämpfen. Die Delegierungen sind wichtig. Sie können sich selbstverständlich mit unseren Federn schmücken, wenn Sie glauben das tun zu müssen, das bleibt Ihnen frei. Aber selbstverständlich ist es - und das hören wir ja schon seit Wochen und Monaten hier - auch wichtig das Wahlgesetz zu machen. Zum Wahlgesetz ist zu sagen, daß die Ämter uns wieder informieren, daß das Wahlgesetz im Januar gemacht werden muß, wenn es möglich sein soll, um den Ämtern die Zeit zu geben die nötigen Vorarbeiten zu leisten, damit dann die Bestimmungen im Herbst nächsten Jahres ausgeführt werden können. Das sind Informationen der Ämter.

Sie haben also verstanden, daß wir innerhalb Januar diese Themen alle behandeln müßten. Wer weiß wie schwerfällig dieser Regionalrat arbeitet, der weiß auch, daß alle diese Themen nicht möglich sein werden bis im Januar abzuschließen. Jetzt müssen wir also von diesen ganzen Themen versuchen die Prioritäten herauszufinden. Was ist wichtig? Wichtig ist also sicher das Familienpaket, weil da Gelder in Erhausung gehen und weil die Familien das Recht haben ihre Zuwendungen auch zu bekommen. Es sollte der Willen der Aula sein, diesen Familien unter die Arme zu greifen. Sicher müssen wir - ein Pflichttermin - die Bilanz machen, sicher wollen wir die Delegierungen machen, das Wahlgesetz und das alles bis Januar. Deshalb möchte ich wirklich daran appellieren, daß wir die Basisdemokratiediskussion auf Februar vertagen. Das ist ein ganz klarer Antrag, aber nicht weil wir dieser Diskussion ausstellen wollen. Ich habe absolut - Kollegin Zendron, wenn sie noch diesen Moment zuhören wollen - keine Angst diese Diskussion zu beginnen und uns auch dieser Diskussion zu stellen. Bitte, legen Sie es uns nicht so aus. Wir haben überhaupt kein Problem von den Argumenten her, heute mit dieser Diskussion zu beginnen, wir sind einfach unter Zeitdruck und wir sehen nicht wie wir alle diese wichtigen Themen innerhalb Januar zur Behandlung bringen können. Deshalb mein Antrag, bitte haben Sie Verständnis dafür, daß wir dieses Thema noch bis Februar vertagen. Ich werde mich dann persönlich mit dem Gewicht unserer 19 Stimmen dafür einsetzen, daß wir sie auch im Februar behandeln können. Danke.

PRÄSIDENT: Wenn ich es richtig interpretieren, dann heißt das, daß die Vorverlegung heute Familienpaket einmal zurückgestellt wird. Für das nächste Mal muß es neu eingebracht werden, Abgeordneter Atz. Somit bleibt nur der Antrag der Abgeordneten Zendron aufrecht, den ich dann zur Abstimmung bringen werde. Ich muß euch jetzt was die Wortmeldungen betrifft sagen, daß vorgesehen ist, daß zwei dafür und zwei dagegen

sprechen können und dann folgt die Abstimmung. Die Abgeordnete Zendron hat dafür gesprochen, der Abgeordnete Atz dagegen. Jetzt habe ich noch einen dafür und einen dagegen. Wer meldet sich jetzt noch dafür?

Abgeordneter Pinter, bitte.

PINTER: Parlo a favore. Grazie Presidente. Se qualcuno aveva dei dubbi sul fatto di sostenere la richiesta di anticipazione, dopo l'intervento del capogruppo dello SVP Atz credo che abbia risolto qualsiasi dubbio.

Abbiamo sentito proporci addirittura di rinviare a febbraio la trattazione del punto sulla legge della democrazia diretta. Presidente del Consiglio, lei deve anche dirci una volta per tutte se questo Consiglio ha qualche parvenza di funzionamento democratico o se invece dobbiamo sottostare al totale arbitrio ed arroganza da parte della maggioranza di questo Consiglio, perché mi dica lei che senso abbia che noi facciamo ordini del giorno, la invito caldamente a non fare più alcun ordine del giorno a non convocare più alcuna conferenza dei capigruppo, tanto a questo punto che noi lo facciamo o meno, se ogni volta che i deliberati del Consiglio vengano stravolti con votazione a maggioranza in aula, non ha alcun senso, qui il rispetto delle regole formali non esiste più.

Lei mi dica perché, potrà essere opinabile ma non credo, perché il punto sulla democrazia diretta veniva prima degli altri punti che sono stati anticipati, per decisione in conferenza dei capigruppo. Adesso basta una decisione d'aula per far slittare di nuovo i punti della democrazia diretta, che erano stati decisi da questo Consiglio, che venivano trattati entro il mese di settembre, allora noi non abbiamo più alcuna garanzia che i punti che sono stati decisi dal Consiglio che venissero trattati, non abbiamo più alcuna garanzia, cioè la sovranità del Consiglio viene scavalcata dalla sovranità di una parte del Consiglio ed in particolare dal potere del capogruppo di maggioranza relativa all'interno di questo consesso.

Quindi sostengo la richiesta di anticipo, ma soprattutto la invito a non permettere in alcun modo che la trattazione dei punti sulla democrazia diretta possa essere sospesa, rinviata o anticipata da qualsiasi altro punto, perché questo lo considererei arbitrario e mi rifiuto di assistere passivamente a questo atto di prepotenza, in secondo luogo invito il Presidente della Giunta a comunicarci le deleghe degli assessori questa mattina, perché non è possibile affrontare alcun punto che riguardi l'iniziativa della Giunta se noi non conosciamo le deleghe come sono state ripartite dal Presidente della Giunta regionale.

Queste sono due questioni che devono essere assolutamente chiarite.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Pinter, sie haben jetzt dafür geredet. Jetzt könnte noch einer dagegen reden, Frau Abgeordnete Klotz.

Zuerst lassen sie mich antworten. Ich bin auch Ihrer Meinung, daß die Tagesordnung so bleiben sollte, wie sie vereinbart worden ist, deshalb wollte ich ja gestern, zumal zwei verschiedene Anträge zur Ververlegung vorlagen - Atz, Zendron - die Bestätigung der Tagesordnung machen. Jetzt ist nur mehr einer übrig geblieben und

somit stimmen wir über den Antrag Zendron ab. So ist es vorgesehen von der Geschäftsordnung. Nur diese Möglichkeit vorzuverlegen ist, ob es uns paßt oder nicht, zwar reduziert worden, da wir vereinbart haben die Vorschläge rechtzeitig zu bringen und dann gehen wir in das Fraktionsführerkollegium und machen gemeinsam die Tagesordnung und dann werde ich diese Tagesordnung verteidigen. Ich werde das auch jetzt tun und gegen den Antrag der Abgeordneten Zendron und für die Beibehaltung der Tagesordnung stimmen, zumal der Punkt Referendum sowieso als nächster kommt, aber niemand schützt uns davor, daß man gemäß Artikel 50 Absatz 3 innerhalb von 24 Stunden vor der Sitzung - das steht in der Geschäftsordnung - einen dringenden Punkt bringen kann. Sonst müssen wir diesen Punkt streichen d.h. jemand muß den Antrag zur Streichung dieses Punktes machen. Zur Zeit haben wir dieses Instrument hier, es ist nur ein wenig schwerfälliger geworden. Wenn wir die Tagesordnung rechtzeitig vereinbaren, dann wird es eben gemacht wie wir vereinbart haben. Sicherlich, der Mehrheitswille kommt auch dort zum Ausdruck, aber das ist nun mal die Demokratie, daß die Mehrheit entscheidet. Wir versuchen aber trotzdem alle Punkte ein bißchen mit zu berücksichtigen, was ja auch diesmal der Fall ist. Es kommen diese zwei Gesetze, weil eines wird ja ausgesetzt, der Punkt 4 der Tagesordnung, und dann würde das ganze Paket Volksinitiativen kommen. Das zeigt schon, daß man beide Seiten berücksichtigt hat und nun versucht das Präsidium diese Tagesordnung zu verteidigen. Niemand schützt uns aber, daß nicht 24 Stunden vorher trotzdem ein Antrag kommt. Ich bitte euch um Verständnis dafür.

Jetzt haben zwei dafür geredet, wenn nicht einer jetzt dagegen redet...

Frau Abgeordnete Klotz, persönliche Angelegenheit, dann müssen Sie erklären worin sie besteht.

Bitte, Frau Abgeordnete.

KLOTZ: Herr Präsident, Sie müssen mir ja zuerst das Wort erteilen und darum ersuche ich gemäß Absatz 1 des Artikels 69 um das Wort.

Herr Atz telefoniert zwar wieder und deswegen hat er wahrscheinlich vorhin auch nicht mitbekommen, was ich wirklich gesagt habe. Ich würde ihn einladen dieses zweite Mal jetzt aufzupassen. Er unterstellt mir, ich hätte mich gern was die Delegation anbelangt mit den Federn der Volkspartei geschmückt. Das stimmt nicht. Ich habe und das muß ich wiederholen - der Präsident wird es bestätigen weil er ja im Gegensatz zum Kollegen Atz aufpaßt - ich habe lediglich hier nachgefragt, ob diese Pressemeldung stimmt? Ob dem Präsidium und dem Plenum dieser Antrag vorliegt oder nicht? Ob dann wenn dieser Antrag vorliegt bevor irgend etwas sonst - eine andere Gesetzesmaßnahme - hier behandelt wird, die restlichen Delegationen zu erfolgen haben. Hier muß ich einfach sagen, ich habe festgestellt, daß der eine einfach hinausgegangen ist. Konkrete Antwort habe ich dann vom Präsidenten erhalten.

Das ist ein großer Schwindel und darauf wollte ich eingehen und nicht daß ich mich schmücken will. Kollege Atz telefoniert schon wieder. Von den 12 Punkten sind 7 Sachgebiete Ordnung, wo nichts delegiert werden kann. Allenfalls könnte noch

Grundbuch und Kataster delegiert werden, was aber anscheinend nicht vorliegt. Infolgedessen sollte man bitte nicht große Pressemeldungen hinausgeben.

Kollege Atz, Sie sollten sich auch ein bißchen kümmern, um das was in Ihrer Fraktion vorgeht, wenn einer solche große Ankündigungen macht und die Anträge gar nicht da sind und behandelbar sind. Das war die persönliche Angelegenheit und nichts anderes. Man soll uns hier nicht mit einem Schwindel kommen, wie in dieser Pressemeldung angekündigt, daß jetzt vor allen anderen Dingen Delegierungen erfolgen, die gar nicht mehr möglich sind.

PRÄSIDENT: Danke. Damit ist das richtiggestellt. Wenn jetzt nicht jemand gegen den Vorschlag Stellung nehmen will, dann stimmen wir jetzt über die Vorverlegung in der Tagesordnung der direkten Demokratie ab.

Wer ist für namentliche Abstimmung? Die Frau Abgeordnete Klotz hat es beantragt und somit beginnen wir mit dem Aufruf, und zwar mit der Frau Abgeordneten Klotz. Der Abgeordnete Denicolò macht den Appell. Abstimmung für oder gegen die Vorverlegung der Punkte direkte Demokratie.

Ich sage gleich, daß das Präsidium und die Fraktionssprecher eine Tagesordnung vereinbart haben und ich werde dagegen stimmen, um diese Tagesordnung so zu wahren wie sie vereinbart worden ist.

(segue votazione con appello nominale)

DENICOLO': Klotz (*ja*), Kofler (*nein*), Kury (*ja*), Laimer (*nein*), Leitner (*ja*), Leveghi (*non presente*), Mayr C. (*nein*), Mayr J. (*non presente*), Messner (*nein*), Minniti (*sì*), Montefiori (*non presente*), Morandini (*astenuto*), Moser (*no*), Munter (*nein*), Muraro (*no*), Pahl (*nein*), Palermo (*sì*), Pallaoro (*no*), Panizza (*no*), Passerini (*sì*), Peterlini (*nein*), Pinter (*sì*), Romano (*no*), Saurer (*non presente*), Tarfusser (*ja*), Taverna (*sì*), Tosadori (*non presente*), Tretter (*astenuto*), Valduga (*no*), Vecli (*no*), Viola (*non presente*), Willeit (*astenuto*), Zanoni (*no*), Zendron (*sì*), Achmüller (*nein*), Alessandrini (*sì*), Andreotti (*no*), Atz (*nein*), Benedetti (*non presente*), Benedikter (*ja*), Benussi (*sì*), Berger (*nein*), Binelli (*no*), Boldrini (*astenuto*), Bolzonello (*sì*), Bondi (*non presente*), Casagrande (*no*), Chiodi-Winkler (*sì*), Cigolla (*non presente*), Conci-Vicini (*no*), Dalbosco (*non presente*), Delladio (*sì*), Denicolò (*nein*), De Stefani (*sì*), Di Puppò (*sì*), Divina (*astenuto*), Durnwalder (*nein*), Fedel (*no*), Feichter (*nein*), Frasnelli (*non presente*), Frick (*nein*), Gasperotti (*sì*), Giordani (*no*), Giovanazzi (*non presente*), Grandi (*no*), Holzer (*no*), Holzmann (*sì*), Hosp (*non presente*), Ianieri (*non presente*), Kasslatte-Mur (*nein*).

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter
Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione per l'anticipazione del punto 7) dell'ordine del giorno:

votanti	56
voti favorevoli	20
voti contrari	31
astenuti	5

Il Consiglio non approva.

Iniziamo con la trattazione del punto 5) dell'ordine del giorno: **Disegno di legge n. 80: Disposizioni concernenti la contrattazione del personale appartenente all'area dirigenziale (presentato dalla Giunta regionale).**

Concedo la parola al Presidente della Giunta.

GRANDI: Posso intervenire per rispondere doverosamente a quanto richiesto, per quanto riguarda la materia delle deleghe e la possibilità che sia trattato questo provvedimento di legge, perché mi pare che queste siano le due questioni che sono state poste.

Per la prima questione, nel momento in cui l'assessore Holzer si è dimesso e nel momento in cui il Consiglio ha accettato le sue dimissioni, abbiamo immediatamente provveduto ad emanare un decreto con il quale quella materia veniva temporaneamente incardinata nell'ambito della Presidenza e così la Giunta era nel pieno delle proprie possibilità operative.

Successivamente è intercorsa la nomina dei due nuovi assessori e quindi la Giunta è stata incrementata di due componenti la stessa. Temporaneamente fino alla emanazione del nuovo decreto, che avverrà nella giornata odierna, la Giunta è nel pieno delle proprie possibilità operative, poiché le competenze vengono esercitate tutte con il riparto fatto precedentemente da parte dei 4 assessori più il Presidente, fino al momento in cui non sarà emanato il nuovo decreto, i due assessori sono componenti la Giunta senza avere un incarico specifico. Questo consente alla Giunta di operare e consente al sottoscritto di trattare questo provvedimento di legge.

Per quanto riguarda invece il riparto delle deleghe, informo che al Vicepresidente di madrelingua italiana e all'assessore Berger verranno confermate le competenze attuali, a Panizza e Casagranda verranno confermate le deleghe attuali, a Fedel verrà dato il personale ed invece per quanto riguarda la previdenza e gli enti locali - questo sarà deciso nelle prossime ore - ci sarà il passaggio delle riforme elettorali ed istituzionali in capo alla Presidenza, mentre la previdenza passerà al collega Romano.

Detto questo, con richiesta di aiuto soprattutto sulle riforme elettorali, se dovessero essere incardinate in ambito presidenziale.

Dò lettura della relazione al disegno di legge n. 80:

R e l a z i o n e

Signori consiglieri,

nel comparto del pubblico impiego in sede nazionale si è provveduto, con contratti separati stipulati con le organizzazioni sindacali più rappresentative, a rinnovare il contratto di lavoro per il triennio 1994/1996, sia per quanto riguarda il personale appartenente alle qualifiche funzionali, sia per quello dirigenziale.

Ciò è avvenuto, oltre che per i dipendenti statali, anche per i dipendenti delle Province autonome di Trento e di Bolzano e per quello del comparto degli enti locali (Comprensori e Comunità di Valle, Comuni, IPAB e Aziende di Cura e soggiorno o Aziende di Promozione turistica ecc.), nonché per quello del comparto sanità.

Anche per il personale regionale e per quello delle Camere di commercio di Trento e di Bolzano, appartenente alle qualifiche funzionali, il relativo contratto è stato stipulato, mentre per il personale appartenente all'area dirigenziale dei suddetti enti non si è ancora provveduto.

Con il disegno di legge in esame, pertanto, si viene ad eliminare questa evidente sperequazione che si è determinata e quindi si dettano norme al fine di consentire alla giunta regionale di poter operare di conseguenza.

Con l'articolo 1 si prevede infatti che anche per il personale della Regione e, di riflesso, delle Camere di Commercio di Trento e di Bolzano, appartenente all'area dirigenziale, la Giunta regionale è autorizzata alla stipula di tale contratto per il triennio 1994/1996, utilizzando le disposizioni e le procedure attualmente previste dall'art. 4 della legge regionale 6 dicembre 1993, n. 22.

Con l'articolo 2 si individuano i fondi necessari alla copertura della spesa relativa e si provvede alla loro imputazione sull'apposito capitolo del bilancio di previsione della spesa per l'esercizio finanziario 1996.

Si confida che il presente disegno di legge, per le motivazioni sopra illustrate, trovi il consenso del Consiglio regionale.

PRESIDENTE: Concedo la parola al cons. Leitner, per la lettura della relazione della II^a Commissione legislativa.

LEITNER:

B E R I C H T

Die 2. Gesetzgebungskommission hat in der Sitzung vom 29. April 1997 den vom Regionalausschuß eingebrachten Gesetzentwurf Nr. 80: "Bestimmungen über den Tarifvertrag betreffend den Rang des mit Führungsaufgaben betrauten Personen der Region" beraten.

Der Präsident des Regionalausschusses erläuterte die Gesetzesmaßnahme und die Kommission nahm zur Kenntnis, daß es notwendig ist, die finanziellen Mittel, die für die Tarifverhandlungen zugunsten der dem Dirigentenrang angehörenden Bediensteten der Region erforderlich sind, bereitzustellen, so wie mit den geltenden Bestimmungen vorgesehen ist. Die Kommission erachtete die Gesetzesmaßnahme als einen notwendigen Akt und genehmigte diese mehrheitlich und ohne Debatte bei drei Ja-Stimmen und vier Stimmenthaltungen. Die Kommission nahm außerdem zur

Kenntnis, daß der korrekte Titel des Gesetzes nicht jener auf dem Deckblatt der Gesetzesvorlage ist, sondern vielmehr jener, der in dem die einzelnen Artikel enthaltenden Teil angeführt ist.

Der Gesetzentwurf wird nun zur weiteren Beratung an den Regionalrat weitergeleitet.

PRESIDENTE: E' aperta la discussione generale sul disegno di legge n. 80. Ha chiesto di intervenire il cons. Benedikter, ne ha la facoltà.

BENEDIKTER: Ich möchte vorläufig Stellung nehmen, wir sind in einer Generaldebatte also kann ich das tun, und ergänzend zu dem was meine Kollegin, die Frau Eva Klotz, schon gesagt hat, möchte ich noch etwas sagen.

Die Ankündigung, daß die Region ein Gesetz machen wird, um alles was sie noch kann an die Provinzen zu delegieren - ich wiederhole es und werde es dann näher ausführen - ist ein Schwindel. Da wird wieder einmal die Bevölkerung betrogen mit dieser Ankündigung vom Pahl, denn es gibt mit Ausnahme des Grundbuches nichts mehr zu delegieren. Das Grundbuch ist nicht delegiert worden, weil man der Ansicht war, daß solange die Region besteht, das Grundbuch einheitlich verwaltet werden soll. Sonst gibt es aber nichts mehr zu delegieren, denn von den 12 Sachgebieten, die die Region hat, betreffen 7 Sachgebiete Ordnungsbefugnisse und da kann nichts delegiert werden. Es kann nicht wie seinerzeit Wanda Chiodi als Regionalassessorin in einem Gesetzesentwurf vorgeschlagen hat, den Provinzen übertragen werden, Gesetze auf Sachgebieten zu machen, in denen die Region zuständig ist. Das ist ein Schwindel sondergleichen. Dort wo die Zuständigkeit für Ordnung besteht, kann nichts delegiert werden, damit sind 7 Sachgebiete weg. Wo noch delegiert werden könnte, wäre das Grundbuchwesen, das hat man in 50 Jahren nicht getan, weil man der Ansicht war, daß das Grundbuch nicht aufgeteilt werden sollte solange die Region besteht. Diese Zuständigkeit für das Grundbuchwesen könnten selbstverständlich die Provinzen, wenn die Region abgeschafft wird, übernehmen. Dann bleiben noch die zwei Zuständigkeiten über Enteignungen wo nicht der Staat und nicht die Provinz zuständig ist und da hat man bisher keinen Fall gefunden wo diese Zuständigkeit überhaupt ausgeübt werden konnte. Das Feuerwehrwesen ist ja delegiert, die Kontrolle über das Genossenschaftswesen ist auch delegiert.

Von 12 Sachgebieten betreffen 7 das Ordnungswesen, die nicht delegiert werden können, 2 das Feuerwehr- und Genossenschaftswesen, die sind delegiert, 1 das Grundbuch, könnte delegiert werden, aber aus einleuchtenden Gründen hat das keinen Sinn solange die Region besteht und dann bleiben noch übrig die 2 Sachgebiete, die Enteignung und Meliorierungsbeiträge, die gegenstandslos sind, so daß diese Ankündigung vom Vizepräsidenten Pahl ein reiner glatter Schwindel ist. Das möchte ich hier noch einmal rein sachlich betonen, daß es keinen Sinn hat. Er hat seinerzeit als er Regionalassessor geworden ist, behauptet, den Verzicht auf das "Los von Trient" damit zu rechtfertigen - damals war das "Los von Trient gerechtfertigt, siehe Sigmundskroner Kundgebung -, weil die Region die Zuständigkeit für Volkswohnbau

nicht delegieren wollte. Man sieht wie gedankenlos hier gearbeitet wird, nämlich die Region hat für Volkswohnbau nie eine Zuständigkeit gehabt. Die Zuständigkeit war immer bei der Provinz und konnte deswegen auch gar nicht delegiert werden.

Ich habe mich selbstverständlich seinerzeit als Regionalassessor von 1953-1959 eingesetzt, daß das meiste von dem was damals die Region hatte - sie hatte damals nicht 12 Sachgebiete, sondern 48 Sachgebiete, die meisten die heute eben auf die Provinz übergegangen sind -, delegiert wird. Ich habe mich bei Odorizzi eingesetzt, daß von der Landwirtschaft angefangen bis zum Fremdenverkehr u.s.w. die diesbezüglichen Verwaltungsbefugnisse delegiert werden und das ist nur teilweise versucht worden. Die Gesetze sind dann auch nicht in Kraft getreten. Das hat den Anlaß gegeben zur Krise, bei der die SVP aus dem Regionalausschuß - ich war damals auch Assessor - ausgetreten ist. Das wollte ich präzisieren und mir allerdings vorbehalten, noch einmal zu reden und die Zeit, die mir zusteht, zu nützen. Es sind noch 24 Minuten.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire? Ha chiesto la parola la cons. Chiodi, prego.

CHIODI: Volevo un attimo soffermarmi su questo disegno di legge, che prevede un costo complessivo all'art. 2 di 800 milioni per la copertura di posti dirigenziali della Regione, poi ho visto che è stato presentato un emendamento che riduce la cifra da 800 a 400 milioni. Allora vorrei che il Presidente mi rispondesse, visto che le deleghe non sono state ancora consegnate e che qui stiamo andando avanti come se nulla fosse, innanzitutto del perché di una così forte riduzione. Abbiamo presentato un disegno di legge, prevediamo 800 milioni, con un emendamento tagliamo a metà questo costo di 400 milioni, però io so, Presidente, che c'è un conteggio fatto dalla ragioneria della Regione, che per rispondere alle esigenze di questo disegno di legge il costo è di 270 milioni.

Allora voglio dire: siamo partiti con 800 milioni, l'emendamento riduce a 400 milioni, però in effetti per rispondere a queste esigenze il costo è solo di 270 milioni. Credo innanzitutto che dobbiamo andare a correggere questo, perché da 270 a 400 milioni avanzano 130 milioni, che voglio capire a cosa servono, non possiamo pensare di tenerli lì perché forse potrebbero servire a qualche cosa, credo che sui conti dobbiamo essere corretti e trasparenti.

Allora Presidente le chiedo che questo emendamento che voi avete presentato di riduzione a 400 milioni venga messo il più vicino possibile alla ricerca che è stata fatta dalla Ragioneria della Regione.

Questo è il primo punto.

Secondo punto. Presidente, vorrei sapere quante persone andranno ad usufruire di questi soldi che noi stanziamo per la dirigenza, visto che in Regione i dirigenti sono due, tre e soprattutto qui bisogna mettere in chiaro una volta per tutte che non possiamo andare a pensare di aumentare ai dirigenti della Regione che sono andati in pensione e che hanno chiuso il loro rapporto di lavoro con la Regione. Stranamente

voi, all'art. 1, fate riferimento all'art. 4 della legge regionale n. 22 del 1993, pregherei i colleghi di leggere questo art. 4, se volete ve lo posso leggere.

Recita questo articolo: "Al fine di avviare graduale adeguamento ai principi contenuti nell'art. 2 della legge 23 del 1992, n. 421 e di perseguire l'omogeneizzazione di trattamento dei dirigenti nei confronti di quello delle Province autonome di altri enti locali operanti nel territorio regionale, il regime retributivo, compresi i trattamenti accessori dei dirigenti della Regione è determinato una sola volta mediante un accordo stipulato con procedimenti di cui all'art. 4 ed i seguenti della legge del 21 febbraio 1991, n. 5.

La delegazione sindacale è formata a tal fine dai sindacati" eccetera.

Il comma 2 recita: "L'accordo di cui al comma 1 comprenderà altresì l'istituzione di una indennità di funzione connessa con l'effettivo esercizio delle funzioni dirigenziali" eccetera.

Allora se voi fate riferimento a questo articolo della legge 6 dicembre del 1993 n. 22, questo è un gatto che si morde la coda, in poche parole facendo riferimento a questo articolo, questi soldi non li dovreste dare.

Credo sarebbe corretto e trasparente innanzitutto sapere quante persone usufruiscono di questi soldi e vedere di modificare questo emendamento e portarlo al reale costo, cioè 270 milioni, perché in questo modo credo avremo la possibilità di un intervento molto più trasparente e corretto, da cui dovrebbe partire la gestione della Regione.

Queste sono le domande che pongo al Presidente, mi riservo di intervenire più avanti.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il collega Divina, ne ha la facoltà.

DIVINA: Le devo dire Presidente che in parte le obiezioni che ha fatto la cons. Chioldi assorbono quelle che volevo evidenziare anch'io.

Mi sono chiesto innanzitutto 800 milioni per una revisione di un contratto triennale tra il resto già scaduto. Se un consigliere si fosse preso il fastidio di andare a verificare l'incidenza di questa spesa sul complesso del bilancio, rapportato ai tre anni, si accorgeva che questa contrattazione assorbe quasi un 20% di quello che è l'importo di un bilancio dell'intero ente regione. Allora noi ci chiediamo: questo ente Regione, che si può permettere il lusso di impegnare il 20% del suo bilancio su un rinnovo contrattuale, teniamo presente non del comparto complessivo dei dipendenti, ma dell'area dirigenziale, secondo noi ha avuto un grande abbaglio o ha voluto dare un grande regalo, è stato di una magnanimità incredibile nei confronti dei propri dirigenti.

Cosa succede? Notiamo che oggi è stato presentato un emendamento che riduce gli 800 milioni a 400. Noi riusciamo a capire che se l'applicazione di un contratto sia gestita dall'ARAN, APRAM, o comunque dall'agenzia per la contrattazione, prevista dalla nuova normativa, oppure se si gestisca il contratto ancora secondo i vecchi modi canonici della contrattazione.

Riusciamo a capire che parametrare i costi di un contratto può essere anche articolato, possiamo anche capire che gli uffici abbino l'esigenza di mantenersi una soglia di riserva, potremo capire se in quest'aula arrivasse un emendamento che ci dice che la cifra di 800 milioni sarà di 975, 810, 790, potremmo dire che questi sono degli aggiustamenti che stanno nelle cose.

Ero all'oscuro di quanto introdotto dalla cons. Chiodi, che avrebbe delle notizie riferite e cioè che l'applicazione del contratto non avrebbe l'incidenza di 800 milioni, non avrebbe l'incidenza che si chiede con questo emendamento di 400 milioni, ma di una cifra attorno ai 250 milioni. Qui non si vuole criminalizzare nessuno, nè gli uffici di contabilità, nè la ragioneria, ma se un dirigente vi sottopone una delibera che impegna 800 milioni e poi la si riverifica ed i milioni diventano 400, se non addirittura la metà, allora siamo in una provincia che ama ricordare le sue origini del Sudtirolo, vi ricordo che ai tempi dell'impero, quando i dirigenti del regio asburgico impero combinavano cose del genere, li relegavano almeno per sei mesi ospiti a Brno, nello Spielberg.

Non sono più quei tempi, abbiamo capito che la politica fa grosse difficoltà, che le maggioranze fanno sempre più fatica a reggersi in vita, lo abbiamo capito dall'atto immediatamente precedente a questo, dalle dichiarazioni del Presidente sulla ripartizione degli affari.

Noi crediamo che attribuire una delega ad un neo assessore, che conosciamo essere affaticato, perché uscito da vicende che l'hanno probabilmente sottoposto a grave stress, per cui capiamo che può essere una persona indebolita anche sotto il profilo psicofisico, ma di dargli l'esclusiva delega e competenza della previdenza, che oggi in regione si estrinseca in una delibera una tantum, una volta all'anno, per far transitare dal bilancio della Provincia al bilancio del nuovo fondo sulla previdenza regionale, ergo un atto in un unico anno, crediamo che si rischi anche di mettere in crisi psicologica questo neo assessore, perché ditemi voi come fa a riempire le sacrosante giornate lavorative, per poche che siano saranno almeno 200 all'anno, per svolgere la sua funzione di assessore. Avrò questo assessore motivo di impegnare 20 minuti al giorno del suo tempo? Pensiamo di sì, perché in 20 minuti si riesce ad andare in ufficio, fare colazione e leggere anche qualche stralcio di giornale.

A questo punto, Presidente della Giunta regionale, le chiedo una cosa: le vuole proseguire su questa strada per far sembrare una grande importante aula istituzionale un grande teatrino o vogliamo metterla sui binari del rispetto istituzionale? Guardi che qua stiamo percorrendo ed a questo punto mi permetta di aggiungere, non so quanto in buona o mala fede, consapevolmente o inconsapevolmente, la strada che vuole percorrere lo SVP legittimamente di affossare l'istituto Regione, voi state dando una grandissima mano in questa direzione.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Leitner, ne ha la facoltà.

LEITNER: Danke, Herr Präsident. Ich habe ja schon den Bericht der 2. Gesetzgebungskommission vorgelesen und ich darf bei dieser Gelegenheit in Erinnerung rufen worüber wir in der Gesetzgebungskommission auch geredet haben.

Es lag nämlich ein offener Brief von der Gewerkschaft der höheren und leitenden Beamten der Region vor, die darauf hingewiesen haben, daß seit mehreren Monaten die Arbeitsverträge der öffentlichen Angestellten sowohl für das Personal, das den verschiedenen Funktionsebenen angehört, als auch für das Personal der Dirigentenlaufbahn für die Dreijahresperiode 1994-1996 erneuert worden ist. Ich möchte eine Klammer aufmachen und möchte fragen, ob es keinen besseren deutschen Ausdruck gibt als Dirigenten? Wenn ich Dirigenten höre, dann denke ich an das Haydn-Orchester u.s.w. Es ist kein gut gewählter Ausdruck im Deutschen. Ich möchte schon vielleicht einmal die Anregung geben, daß man leitende Beamte sagt. Dirigenten heißt im Deutschen etwas anderes.

Wie bekannt ist, betraf die Erneuerung in unserer Region das Personal der autonomen Provinzen, jenes der Lokalkörperschaften, also Bezirksgemeinschaften, Gemeinden, Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen, Kurverwaltungen teilweise und Sanität. Auch für das Personal der Regionalverwaltung und Handelskammer hatte der neue Vertrag bereits damals schon Anwendung gefunden und ausgeschlossen waren nur die leitenden Beamten und zwar aufgrund der Bestimmungen des Artikels 4 des Regionalgesetzes Nr. 22 aus dem Jahre 1993. Es ist sicherlich richtig, daß man dem Abhilfe schafft und daß man auch den leitenden Beamten einen Vertrag gibt. Man darf nicht vergessen, daß der neue Vertrag jetzt schon wieder offen ist, also dieser Vertrag ist schon abgelaufen. Mit Recht sagen diese Leute, daß sie natürlich auch Anrecht auf diesen Vertrag haben. Es betrifft ja nicht viele Leute. Ich habe in der Kommission gefragt, wieviele Personen davon betroffen sind? Wenn die Zahlen stimmen, die ich hier aufgeschrieben habe, dann waren es im Jahre 1994 25 Personen und im Jahre 1996 nur mehr 7 Personen. Also ist es eine kleine Anzahl, aber auch sie haben ein Anrecht, daß sie diesen Vertrag bekommen.

Die Einwände der Kollegin Chiodi bedeuten, daß zumindest im vorhergehenden Regionalausschuß eine Summe von 270 Millionen veranschlagt wurde, jetzt sind offensichtlich 400 Millionen notwendig. Hier möchte ich....- habe ich etwas falsch verstanden? - also, ich möchte die Frage wiederholen bzw. Auskunft darüber erfragen, wenn es nur 270 Millionen braucht, warum man dann die Summe höher veranschlagt? Da möchten wir schon auch ganz gerne eine Antwort haben. Ansonst muß ich sagen, ich habe mich in der Gesetzgebungskommission der Stimme enthalten, aber ich finde es richtig, daß das Gesetz gemacht wird auch wenn es nur um eine kleine Kategorie geht, auch die haben Anrecht auf einen entsprechenden Vertrag. Über die gestellte Frage möchte ich aber schon eine klare Antwort haben.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il Presidente della Giunta regionale.

GRANDI: ... però si impone anche al fine di evitare interventi, per i quali poi tardiva potrebbe essere la mia risposta.

Spiego il perché sono stati inizialmente introdotti 800 milioni. Nel 1996 venne adottato un provvedimento di legge che stanziava 5 miliardi e 800 milioni per tutta la contrattazione, che si articola in due tronconi, una prima per i livelli, quindi senza la dirigenza, una seconda solo per la dirigenza.

Per la contrattazione conclusasi nel 1996 per i livelli, sono stati impegnati 5 miliardi, quindi rimanevano 800 milioni per l'altra contrattazione, il che però non voleva dire che questi 800 milioni dovessero essere impegnati tutti per la contrattazione della dirigenza, tecnicamente allora, poiché il provvedimento di legge venne predisposto prima del 30.12.1996, si decise in sede tecnica, di impegnare tecnicamente tutto lo stanziamento degli 800 milioni per salvare lo stesso.

Oggi siamo in una situazione ovviamente diversa e siamo nelle condizioni di determinare quella che potrebbe essere la spesa presunta e solo relativamente alla parte del contratto per i dirigenti. Facendo questa operazione naturalmente possiamo ridurre sensibilmente la quota degli 800 milioni, che proponiamo sia dimezzata ed a quel punto gli altri 400 milioni vanno in economia, quindi rientrano nelle disponibilità generali complessive del bilancio della Regione.

Va peraltro tenuto presente che la cifra dei 400 milioni è comunque una cifra presunta, perché poi l'importo effettivo lo si potrà conoscere solo a contrattazione effettuata, cioè quando le parti avranno raggiunto un'intesa, allora i tecnici hanno ipotizzato questa somma dei 400 milioni per far fronte ad un aumento e su questo voglio essere molto chiaro, che tenga in considerazione solo l'inflazione programmata.

Ai tavoli della contrattazione siederanno i rappresentanti del governo e rappresentanti sindacali, l'intesa vincolerà le parti.

Allora se noi partiamo dal presupposto di dover tenere conto dell'inflazione programmata e se noi facciamo riferimento alle persone che sono interessate, che sono quelle che ha citato il cons. Leitner prima, quasi 35 persone e se facciamo riferimento al contratto che decorre dal 1994 e da eventuali casi antecedenti, se dovessero essere prese in considerazione situazioni particolari di disparità, ma questo spetterà a quel tavolo della contrattazione, allora si giustificano i 400 milioni.

Da cosa deriva la cifra dei 260 milioni dei quali si parla? E' un calcolo fatto, da parte della ragioneria, per i dirigenti in servizio, ai quali devono poi aggiungersi 130 milioni per i dirigenti cessati dal servizio. Quindi facendo la somma di tutti i dirigenti interessati, facendo riferimento all'inflazione programmata, facendo il conto dei dirigenti in servizio e dei dirigenti non in servizio viene fuori grosso modo l'importo di 400 milioni.

Tengo poi anche a precisare, ma questo lo dico anche se centra solo marginalmente con il discorso che è in corso, che per lungo tempo la Regione non ha di fatto potuto coprire i posti vacanti dei dirigenti, attualmente li copre solo parzialmente e quindi c'è stato da questo punto di vista un consistente risparmio sui capitoli del personale.

Mettendo assieme tutte queste considerazioni, che sono solo ed esclusivamente di natura tecnica e non politica, la decisione politica è solo quella di

prevedere gli aumenti rapportati all'inflazione programmata viene fuori appunto questa cifra.

Quindi non è che sia stato inserito prima 800 milioni a caso e poi 400 milioni perché si è deciso di dimezzare, posso dire che sarebbe stato forse meglio non mettere nella stesura prima del disegno di legge gli 800 milioni, perché effettivamente poteva essere una cifra fuorviante, ma se si avesse deciso di metterla, bisognava specificare che quella cifra era comprensiva di tutto l'avanzo rispetto ai 5 miliardi, sarebbe stato molto più corretto prevedere da subito i 400 milioni ed allora non si sarebbe incorsi in tutti questi punti interrogativi.

Credo che alla luce di questi chiarimenti si capisca sia il perché degli 800, sia il perché dei 400 milioni, sia il perché dei 260 milioni.

Credo di poter assumere, ma sarà compito del nuovo assessore Fedel, l'impegno di informare i capigruppo i consiglieri interessati sull'andamento della contrattazione, in modo da rendere conto e mano a mano che questa procederà sulle intese che si raggiungeranno e di conseguenza anche in merito agli impegni finanziari che saranno assunti da parte dell'amministrazione regionale. Grazie.

PRESIDENTE: Spero che queste informazioni siano utili al dibattito. Ha chiesto di intervenire la collega Zendron, alla quale concedo la parola.

ZENDRON: Grazie Presidente. Credo che tutto sommato il Presidente Grandi poteva fare il suo intervento alla fine come replica, perché non ci ha detto delle cose nuovissime, comunque possiamo fare una discussione anche più concentrata in questo senso.

Alcune sue dichiarazioni collegate al contesto di questo disegno di legge appaiono strane. Egli infatti afferma che sono stati messi a disposizione 800 milioni, non lo sapevamo, ora ridotti a 400, dopo l'incontro con i sindacati, che hanno dato da intendere che era questa la cifra giusta, ma nonostante il Presidente afferma di non conoscere ancora l'importo esatto, spiegando che 260 milioni sono previsti per i dirigenti in servizio e 130 per i dirigenti in pensione, quindi in realtà i calcoli li ha già fatti.

Abbiamo qualche notizia che l'intesa di fatto più o meno c'è stata e che c'è semplicemente una diversa valutazione in se, sul calcolo dei soldi da dare ai pensionati, che mi pare non vadano in pensione poverelli, se è vero che ultimamente un dirigente è stato collocato a riposo con una liquidazione di più di 300 milioni. Alla fine il Presidente Grandi potrà rispondere precisando questo, altrimenti glielo chiederemo per iscritto.

Il problema in questa vicenda credo sia quello di dire quando, come, se si intendono dare gli arretrati ai pensionati, cioè quanti sono i pensionati nel 1994-95-96 e se magari anche a coloro, che sono andati in pensione in precedenza, vorremmo conoscere come è stato fatto questo calcolo, se è opportuno darlo, se c'è bisogno di fare un intervento di questo genere, sul quale devo dire che francamente ho qualche perplessità e vorrei dire anche che la cifra 800, adesso corretta in 400, di fatto sarebbe

meglio non ci fosse neppure, visto che il Presidente dice di non sapere, pur dicendo poi che invece si sa già qual è l'importo definitivo, perché se c'è un calcolo della ragioneria mi posso immaginare che c'è anche una bozza di intesa o forse c'è anche l'intesa. Il Presidente dice che non c'è l'intesa e allora vorrei sapere su che cosa ha fatto i calcoli la ragioneria.

Mi fermerei qui con l'invito ad andare cauti con il denaro, anche se sembra tanto e non si sappia come spenderlo, è denaro dei cittadini e mi sembra il caso di trattarlo con un po' più di precisione.

PRESIDENTE: Ha chiesto di poter intervenire il collega Gasperotti, prego.

GASPEROTTI: Grazie Presidente. Erano problemi di bilancio, questa è la motivazione, per dire che, se fosse andata liscia il mandato alla contrattazione sarebbe stato notevole, si può dire così quando è il doppio di quello riconosciuto.

Volevo intervenire riguardo al rapporto di lavoro dei dirigenti in qualsiasi azienda pubblica, compresa quella regionale, il rapporto di lavoro di questi lavoratori, che deve essere riconosciuto per le capacità e le conoscenze dirigenziali, è cambiato di natura e per il cambiamento della natura del rapporto di lavoro viene riconosciuto una maggiore remunerazione, il rapporto di lavoro privato quinquennale ai primari nella sanità ha comportato un aumento, perché ogni cinque anni si rinnova, oppure non si rinnova il contratto ed il rapporto di lavoro.

Lì sta legata anche la questione dello stipendio, se scolleghiamo questo fattore che è importante, dal fatto che ci sia un riconoscimento di maggiori oneri, diventa un escamotage per non attivare le funzioni e le regole nuove nel rapporto con i dirigenti. Prima questione. Quindi se si riconosce un rapporto di lavoro nuovo, diverso si deve anche riconoscere un nuovo sistema di remunerazione e quindi necessariamente, essendo un rapporto a tempo determinato di cinque anni, rinnovabile oppure no, chi fa questo contratto ha diritto di avere maggiori entrate. Questa è una questione.

La seconda è il rapporto di lavoro nel pubblico e lo dico genericamente, verso una riforma dello Stato che vuole unificare i trattamenti, anche in questa occasione, nella funzione della Regione, che dovrebbe essere quella che mette d'accordo anche le due Province dove è possibile, rispetto agli stipendi, al valore dello stipendio dei singoli lavoratori nelle singole qualifiche o livelli; non c'è nemmeno in questa occasione un mandato a chi andrà a contrattare con il sindacato dei dirigenti un obiettivo primario che è quello di unificare.

In commissione lo SVP metteva in evidenza quanto è meno riconosciuto dal punto di vista dello stipendio il valore in provincia di Bolzano rispetto a quella di Trento, la provincia di Bolzano, rispetto ai livelli, spende meno della Provincia di Trento a pari qualifica, così sosteneva il collega Atz in quell'occasione, la Regione è diversa. Si dovrebbe pertanto riaffermare il principio che a pari qualifica ci sia anche un pari inquadramento ed un pari stipendio, non si tende nemmeno a questo obiettivo.

Quindi il riconoscere esclusivamente l'aumento riferito all'inflazione programmata, ho fatto un conto un po' approssimato, perché le cifre esattamente non

sono queste, ma sono solo nell'ordine dello 0,2, era previsto un'inflazione programmata del 3,5 per il 1994, del 2,5 per il 1995 e del 3,5 per il 1996; quell'accordo che non volevamo che il sindacato firmasse contiene anche quella clausola che, se l'inflazione programmata è inferiore a quella effettiva, l'anno successivo si doveva recuperare la differenza, quindi avremo un recupero del 3,3%, perché è slittata in alto nel 1994 e quindi è recuperabile nel 1995.

Sempre attraverso un conto approssimativo, riferito all'emendamento presentato, quindi non prendo più in considerazione gli 800 milioni, parto dai 400, facendo una media che tenga conto anche dei pensionamenti, quindi 12 dirigenti e la media circa porta a 10 dirigenti presenti per tutti e tre gli anni, facendo questo tipo di calcolo la spesa per il 1994 è di 55 milioni, per il 1995 è 145 milioni e per il 1996 è 200 milioni, se noi dividiamo per 10 vediamo qual è l'aumento.

Ritengo sia un aumento congruo e che vada mantenuto in essere, però che nello stesso tempo vi sia anche una modifica del rapporto di lavoro e l'attivazione della 421 che mi porta ad un rapporto di lavoro privatistico e quindi nel campo dei dirigenti un rapporto quinquennale. Se non c'è questa clausola, che riconosce un rapporto di lavoro privatistico, sono cifre troppo grandi, impegni di spesa che sono giustificati proprio perché manca l'applicazione della 421.

Il calcolo presentato dalla collega Chiodi, non so se corrisponde al vero, se si riferisce solo ai dipendenti oggi in servizio e se è tralasciata la quota per quelli che sono andati in pensione, so che comunque un contratto di lavoro si applica fino a quando uno non cancella il rapporto di lavoro, quindi rimangono delle quote e delle parti che sono riferite ad arretrati, certo che, se il metodo e l'approccio per quanto riguarda il mondo del lavoro in regione è messo in essere in questo modo, dà veramente la sensazione di non rispettare il lavoro prestato da questi dipendenti, non si può giocare come se le 50 mila lire al mese fossero quisquiglie, che siano in più o in meno, le cifre e gli accordi sono precisi e tale precisione deve essere anche quella del rispetto della dignità dell'uomo che lavora per conto terzi, noi oggi svolgiamo una funzione di datori di lavoro e trattare le cifre in questa maniera non aiuta a far migliorare l'andamento della macchina pubblica.

Le affermazioni fatte con semplicità da parte di chi fa uso come merce nel mondo del lavoro sono facili quando si parla di poca funzionalità, che la macchina pubblica non gira, che ci sono troppi luoghi di stagnazione, che non c'è quella voglia di lavorare, questa voglia non aumenta sicuramente a vedere come si è comportata la Giunta nei confronti di questa frazione di lavoratori della Regione che sono riferiti ai dirigenti, poi l'effetto moltiplicatore, come saprete già, porta il suo effetto, il lavorare con più o meno entusiasmo secondo il riconoscimento che viene dato da chi dirige.

Questa dimostrazione di scarsa sensibilità, dico anche di incapacità nel giocare con le cifre dà un voto negativo, è riferito alla vecchia Giunta, è riferito alla nuova Giunta del Presidente Grandi, lei è il responsabile delle due Giunte e ritengo che non ha fatto un gioco che dia una risposta positiva al mondo del lavoro, anche a quello dirigenziale, se teniamo conto che questi poi sono i coordinatori responsabili della macchina pubblica, diamo anche il senso di quanto voi date di valore ai 12 dirigenti.

Questi 12 dirigenti interessati avranno sì uno stipendio aumentato, un reddito annuo maggiorato, ma non avranno sicuramente un riconoscimento per le capacità espresse, perché le cifre sono trattate come si usa trattare nelle occasioni delle fiere; è un metodo profondamente sbagliato, i lavoratori hanno anche espresso un parere negativo, riferito al 'risparmio' fatto sui lavoratori dipendenti della Regione nei confronti dei lavoratori dirigenti. Si è risparmiato in un settore e si è elargito nell'altro.

E' un gioco che non giova sicuramente a migliorare i rapporti fra lavoratori e Giunta regionale, mi auguro che il Presidente si faccia carico anche del nuovo rapporto di lavoro che dovrebbe essere instaurato per effetto della 421. In Commissione abbiamo chiesto di unificare tutti i disegni di legge con la proposta di legge di modifica del rapporto di lavoro per effetto della 421 nazionale, non ci è stato concesso dal Presidente del Consiglio, troveremo più avanti anche altri effetti che sono legati alle camere di commercio e prenderemo in mano la partita del personale della Regione un pezzetto per volta: oggi i dirigenti, domani i lavoratori delle camere di commercio, dopodomani altri settori, come se questo giovasse a far funzionare meglio la macchina pubblica.

Questo giova solo a rispondere nella maniera più bieca nei confronti dei lavoratori che hanno chiesto di essere rispettati anche per gli accordi sindacali sottoscritti in precedenza. Si faccia una trattativa sul personale e si faccia un ragionamento complessivo, legandolo al rapporto di lavoro che esiste anche nelle Province in previsione che ci sia questa possibilità di scambio o di passaggio di lavoro dalla Regione alle Province e quindi anche un riconoscimento del reddito annuo.

Non si è voluto fare questo, almeno la prima azione promossa dalla Giunta è proprio questo disegno di legge, che prende una fetta dei lavoratori rispetto agli altri ed il risultato lo troverete nei luoghi di lavoro della Regione, lì troverete l'effetto della vostra decisione di affrontare il problema dei contratti di lavoro separati.

Ritengo, Presidente, che l'aver voluto affrontare il problema dei dirigenti separato dal resto del mondo del lavoro della Regione produca un effetto negativo tale da non aiutare la contrattazione seria e costruttiva tra le parti, aiuta solo a dividere, a non far capire che le cose sono cambiate e gli effetti della nuova Giunta provinciale sono ancora uguali a quelle precedenti, si percorrono strade uguali, si raggiungeranno probabilmente anche obiettivi uguali, la divisione, la mancanza di volontà di affrontare anche il problema del rapporto di lavoro con i dipendenti nella maniera vecchia ormai, superata dal tempo, che è quella del non riconoscimento delle capacità anche attraverso le giuste remunerazioni del lavoro svolto.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire, per la seconda volta, il cons. Benedikter, ne ha la facoltà.

BENEDIKTER: Ich hätte zwar noch.....

PRESIDENTE: Lei ha a disposizione ancora 20 minuti.

BENEDIKTER: Wir sind in der Generaldebatte und ich kann also das fortsetzen was ich bereits vorgebracht habe.

Ich habe ja behauptet es gibt nichts mehr zu delegieren, es gibt keine Verwaltungsbefugnisse zu delegieren, mit Ausnahme des Grundbuches, bei dem man der Ansicht war, daß es keinen Sinn hat zu delegieren solange die Region besteht. Was delegierbar war ist delegiert worden. Übrigens was die Feuerwehr betrifft steht im Autonomiestatut selber, daß sie delegiert werden muß und was die Genossenschaft betrifft, haben wir das seinerzeit - solange ich Regionalassessor und dann Sprecher der SVP war - durchgeführt, so daß mit Ausnahme des Grundbuches nichts mehr delegierfähig ist. Allerdings hat die Südtiroler Volkspartei seit 1988 umgekehrt gewissermaßen der Region Gesetzgebungsbefugnisse überlassen, die im Autonomiestatut klipp und klar als Landesgesetzgebungsbefugnisse vorgesehen sind. Sie hat zugestimmt zu Regionalgesetzen, die Gesetzgebungsbefugnisse der Provinzen zum Gegenstand hatten. Nicht wie die Region versucht hat im Zuge der Gemeindeordnung die Provinzen zu ermächtigen, daß sie Gesetze erlassen können, dort wo die Region zuständig ist - siehe Gemeindeordnung und Ordnung der örtlichen und öffentlichen Körperschaften -, sondern die SVP hat zugestimmt, daß die Region gesetzgeberisch tätig wird in Sachgebieten wo die Provinzen ihre ausschließliche Gesetzgebung haben. Ich erwähne nur kurz im Zusammenhang mit der sogenannten regionalen ergänzenden Zuständigkeit, daß die Region für soziale Vorsorge in diesem Zusammenhang Gesetze machen hat lassen wo nicht soziale Vorsorge der Gegenstand war, sondern die soziale Fürsorge. Ergänzend heißt: ohne diese Fürsorgemaßnahmen, welche mit Regionalgesetz getroffen werden, obwohl die Provinz die ausschließliche Zuständigkeit hat, hätte die soziale Vorsorge der Region keinen Sinn. Man hat also die Region hier weit und breit ein Gesetz machen lassen, das nichts mit sozialer Vorsorge zu tun hat, sondern eben die soziale Fürsorge betroffen hat.

Dann hat man die Region Gesetzesbestimmungen machen lassen hinsichtlich Finanzierung der Gemeinden, obwohl im Autonomiestatut klipp und klar steht, daß hinsichtlich Gemeindefinanzen die Provinzen zuständig sind. Ich habe dagegen protestiert. Man hat auch Gesetze machen lassen hinsichtlich Finanzierung der Handelskammer, obwohl die Region nur für die Ordnung zuständig ist, was mit der Finanzierung nichts zu tun hat. Jetzt kommt man und sagt, es kommen noch Delegierungsgesetze von Verwaltungsbefugnissen der Region auf die Provinzen. Das ist lächerlich, das ist ein Schwindel, das ist ein Volksbetrug, denn es kann nichts mehr delegiert werden mit Ausnahme eventuell des Grundbuches. Alles andere was delegierfähig ist, ist bereits erfolgt. Umgekehrt hat man die Region allerdings Gesetze machen lassen auf Sachgebieten, auf denen die Provinzen ausschließliche Zuständigkeit haben, siehe soziale Fürsorge, siehe Zuständigkeiten für Handwerk und Industrie und hinsichtlich der Gemeindefinanzierung, wo die Provinzen ausschließliche Gesetzgebung haben. Die umgekehrte Delegierung ist im Gange. Man hat zugestimmt und auch die Zentralregierung hat zugestimmt. Warum soll die Zentralregierung nicht zustimmen, wenn die Provinzen von sich aus Gesetzesbestimmungen der Region zustimmen, wo die Region also Gesetzgebungsbefugnisse der Provinzen übernimmt. Anstatt darauf zu

bestehen was recht ist und auf die Grundsätze zu bestehen, hat die Zentralregierung diese Gesetze durchgelassen.

Die Zentralregierung hat sich gedacht, anstatt auf die Verfassungsgrundsätze zu bestehen, lassen wir diese Gesetzesbestimmungen durch, womit die Provinzen zu Gunsten der Region auf Gesetzgebungsbefugnisse verzichten und damit die Region verstärken. Im Koalitionsabkommen vom März 1994 - das ist in aller Öffentlichkeit vorgetragen worden und bekanntgegeben worden - steht, die SVP verzichtet auf das "Los von Trient" denn die Region muß bestehen bleiben. Sie muß sogar potenziert werden, um die Einheit Italiens zu gewährleisten. Das ist die Politik der SVP seit 1989, nicht Verzicht auf die Region, sondern Potenzierung der Region, um die Einheit Italiens zu gewährleisten und nicht neue Delegierungen, die nicht möglich sind, sondern Rückgabe von Zuständigkeiten an die Region, die die Region seinerzeit gehabt hat. Diese Zuständigkeiten könnte allerdings die Provinz nicht von sich aus zurückgeben, aber die Zentralregierung hat Regionalgesetze durchgehen lassen, wo die Region Gesetzgebungsbefugnisse ausübt in Sachgebieten, in denen die Provinzen die ausschließliche Zuständigkeit haben.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la cons. Chiodi, prego.

CHIODI: Ho cercato di seguire la spiegazione del Presidente della Giunta Grandi, però non sono molto convinta, ci sono due, tre passaggi da mettere bene a fuoco, innanzitutto vorrei capire quanti sono i dirigenti, considerando che nel nostro Consiglio regionale ce ne sono tre. Allora credo che se vogliamo essere trasparenti e dire le cose come stanno lo dobbiamo fare, nel senso che comprendiamo di dover intervenire su tre dirigenti, se invece con questa proposta di legge si vuole intervenire sui dirigenti andati in pensione, è meglio dichiararlo esplicitamente.

Cosa è accaduto in Regione? La regione ha tre dirigenti, perché sette dirigenti sono andati in pensione dopo il contratto del 1994, qui non critico, loro hanno fatto tutto un discorso di convenienza giustamente, ne avevano diritto, lo hanno fatto anche gli altri, se ne sono andati in 7 dopo il contratto del 1994; adesso c'è il discorso di capire se questi soldi che vengono dati ai dirigenti sono le percentuali dell'accordo sul costo del lavoro, perché se non sono le percentuali sul costo del lavoro e non viene rispettata la percentuale sul costo del lavoro vuol dire che noi vogliamo andare a pagare dei dirigenti che sono andati in pensione, che hanno fatto le loro scelte di vita, si sono dimessi dopo il contratto, che però ora vogliono avere, mentre secondo il mio punto di vista, a loro non spetta, perché è una questione di opportunità politica.

Noi non dobbiamo andare a sanare situazioni di dirigenti che sono andati in pensione, perché questi sono usciti dalla Regione con il contratto già firmato! I nostri dirigenti sono molto pagati e sono usciti con delle pensioni e liquidazioni d'oro, perché le delibere le abbiamo viste tutte.

Presidente, la prima cosa che desidero capire se qui si intendono solo per i tre dirigenti che abbiamo in carica ed allora questa spesa è decisamente eccessiva, se noi andiamo a pagare questi sette che sono usciti dopo il contratto del 1994 e dico che a

questi i soldi non spettano, che è una questione di opportunità e credo bisogna valutare prima, se rispettiamo l'accordo sul costo del lavoro o se continuiamo a privilegiare classi diverse di persone che lavorano in Regione e se non vale la pena di assumere questi accordi. Anche questa leggina, chiamata così, ma credo sia difficile chiamala 'leggina' una legge da 800 o 400 milioni, è meglio inserirla nel provvedimento legislativo che il collega Holzer ha presentato in Giunta, che riguarda il recepimento della 421 per il personale della Regione.

Credo siano questi i ragionamenti che dobbiamo fare, poi una volta per tutte voglio sapere quanti sono i dirigenti a cui andiamo a dare i soldi, il collega Gasperotti parla di 12, il collega Leitner di 25, allora voglio sapere quanti sono, perché se 3 sono in carica, 7 sono andati in pensione nel 1994 e fanno 10, se sono 25 vuol dire che noi andiamo a pagare persone che sono andate in pensione molti anni fa.

Quali privilegi diamo ancora a queste classi di lavoratori già di per sé privilegiate? Credo sarebbe corretto avere perlomeno un dato unico, altrimenti, se questi sono 25, andremo a dare gli arretrati a persone collocate a riposo nel 1987 ed a questo punto, facciamo presto a fare i conti sulla dirigenza della Regione.

Ritorno al discorso dell'opportunità e dico che è una questione di opportunità politica. Non possiamo sul personale fare questo tipo di differenze, non ce lo possiamo permettere, se dobbiamo rispettare un contratto lo rispettiamo per i tre dirigenti che abbiamo in servizio, gli altri hanno chiuso, perché prima di andare in pensione hanno aspettato la chiusura del contratto e ne hanno tratto anche i benefici, allora è questione di scelte di opportunità politica, per i tre dirigenti che abbiamo in carica; inseriamo tutto questo nel recepimento della 421, così abbiamo una legge organica che vale per tutto il personale della Regione, senza continuare a fare pezzettini di cose!

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire? Nessuno. Concedo la parola al Presidente della Giunta per la replica.

GRANDI: Ringraziando ovviamente per tutto quanto è emerso dal dibattito. Questi 400 milioni intanto non è detto che debbano essere utilizzati tutti, faremo la nostra parte al tavolo della contrattazione perché siano utilizzati con il massimo della parsimonia possibile, tutto quanto avanzerà finirà nelle casse della Regione, per un utilizzo di carattere generale.

Secondo, occorre che noi effettivamente provvediamo a questo, perché i dirigenti, indipendentemente da quanti sono, attendono un loro diritto dal 1994, allora se noi dovessimo aspettare ulteriormente il passaggio di altre leggi, finiremmo naturalmente per appesantire ulteriormente il ritardo nell'emanazione di provvedimenti legislativi, che hanno comunque una loro importanza, siamo tra l'altro in materia di diritti che attengono il lavoro e quindi la Giunta ritiene di non poter accondiscendere alla proposta di trasferire questo provvedimento unendolo ad altri, che verranno esaminati in quest'aula un po' più avanti.

Per quanto riguarda poi la determinazione delle quantità, ribadisco la proposta che sarà fatta dalla Giunta dal tavolo della contrattazione è quella di limitarsi all'aumento in rapporto all'inflazione programmata. Quante sono le persone interessate? Sono 7 in servizio, 12 in tutto a partire dal 1994 e 5 eventuali casi di persone che possono essere interessate qualora il tavolo della contrattazione decida di intervenire a favore anche di queste persone; questi sono i dati esatti.

Vediamo di leggere i cognomi: Conci, Hofer, Engl, Gänsbacher, Negri, Tanas e Putz, questi sono i sette attuali in servizio; poi abbiamo Zanon, Margonari, Agrimi, Deflorian e Tomasi, che sono andati in pensione dal 1994 in poi e sono aventi diritto a tutti gli effetti. Poi ci sono eventuali altre cinque persone; che qualora il tavolo della concertazione decida che qualcosa debba essere loro riconosciuto, potranno essere interessati ad attingere agli eventuali benefici. Questi sono dati che mi sono stati forniti e presumo siano obiettivi.

Quindi i dati obiettivi sono questi, quindi il dato obiettivo è quello dei 400 milioni, il dato obiettivo è quello della inflazione programmata, il dato obiettivo poi è che, naturalmente tutto quanto non sarà speso, finirà nelle casse, come è successo per la contrattazione generale, perché non abbiamo impegnato 800 milioni, anzi potevamo impegnare e consumare addirittura un miliardo in più, ma tutto questo è stato evitato.

Quindi con tutta onestà, con il massimo della trasparenza possibile, con tutte le carte che sono sul tavolo, ci permettiamo di chiedere al Consiglio l'approvazione, non perché sia una cosa che preme alla Giunta, ma alle persone direttamente interessate, e giustamente la dott.ssa Engl fa notare che dal punto di vista ordinamentale noi legiferiamo in questo momento anche per i dirigenti delle camere di commercio.

Debbo anche dire che si sta creando una situazione di disparità di trattamento tra la dirigenza e tutti gli altri dipendenti, perché questi ultimi stanno già beneficiando da oltre un anno di ciò che era stato previsto nel contratto, quindi la legge sul personale non dirigente è addirittura di due anni fa.

Ricordo che parliamo di un contratto che vale dal 1994 al 1996, quindi finito questo dovremo poi legiferare per il futuro, allora sì collega Chiodi che posso assumere l'impegno, cioè che la contrattazione che varrà dal 1997 in poi sia inserita assieme all'altra contrattazione che riguarda i livelli, dentro quel provvedimento di legge di carattere generale e che in questo modo si ponga la parola fine ad un modo di procedere, che probabilmente se andava bene fino a poco tempo fa, difficilmente può andare bene anche nell'epoca odierna.

A noi tutti preme - assessore Chiodi lo creda - che siano fatte leggi che semplificano le procedure, che vadano nella direzione da lei indicata ed è per questa ragione che si necessita di questo provvedimento, ma speriamo veramente che sia l'ultimo provvedimento in modo che si possa, con quanto sarà previsto nella nuova legge, procedere in modo diverso secondo le nuove indicazioni.

Tengo anche a dire che nella nuova legge sono previste modalità diverse di contrattazione, perché poi non sarà più la contrattazione tra queste parti, ma sarà affidato il compito della contrattazione ad altri organismi, che come lei ben sa abbiamo previsto nel provvedimento di legge.

Quindi si tratta solo di chiudere questa partita, secondo quei dati oggettivi che ho indicato, non vi è nulla di sommerso al quale si possa indirettamente fare riferimento, tutto avviene alla luce del sole, subito dopo il varo di questa legge sarà convocato il tavolo della trattazione, c'è anche l'impegno, di cui mi faccio portavoce ed interprete, di riferire a quest'aula o alla conferenza di capigruppo di come procederanno le cose in sede di contrattazione e di riferire a quest'aula, chiedendo la disponibilità alla Presidenza di procedere in questo modo, sul risultato delle quantità a contratto avvenuto. Più di così onestamente non posso fare.

(interruzione)

GRANDI: La presenza dei 4 facenti funzione incide dal punto di vista finanziario comunque. Se anche fosse vero questo rimane comunque come fondamento alle cose che ho detto, il fatto che, se questi non dovessero avere diritto saranno esclusi, pertanto la cifra dei 400 milioni è da considerarsi semplicemente indicativa, perché è la procedura, le modalità delle nostre leggi che prevedono questo metodo, per cui impegnando i 400 milioni, non è detto che andremo a consumarli tutti, a me piacerà, a conclusione di questo tavolo di trattazione e mi assumo l'impegno di riferire al Consiglio, attraverso l'assessore competente, l'identità esatta delle persone che avranno tratto i benefici, e la relativa quantità, se poi queste persone facenti funzione non ne avranno diritto, nulla otterranno. Più di così non si può fare.

Certamente noi chiediamo che questa partita, signori consiglieri, sia chiusa, perché stiamo effettivamente violando un diritto di queste poche persone, che comunque le leggi, tra l'altro non solo della Regione ma anche dello Stato, garantisce loro.

Certo, lungo la strada abbiamo deciso già con la precedente Giunta di aggiustare alcuni tiri, cosa che stiamo facendo, per cui solo in questo spirito ci permettiamo di chiedere cortesemente la disponibilità, procedendo con impegno assunto di rendere conto di tutto a quest'aula, perché mi rendo conto anche della delicatezza della materia che stiamo trattando.

PRESIDENTE: La discussione generale è chiusa. Pongo in votazione il passaggio alla discussione articolata. E' stata chiesta la verifica del numero legale. Con 31 voti favorevoli, 14 voti contrari e 7 voti d astensione il Consiglio approva.

Dò lettura dell'art. 1:

Art. 1

(area di contrattazione)

1. Al contratto di lavoro 1994-1996 del personale appartenente alla qualifica dirigenziale si applicano le disposizioni di cui all'art. 4 della legge regionale 6 dicembre 1993, n. 22

2. La Giunta regionale provvede ai necessari adempimenti.

DENICOLO':

Art. 1
(Verhandlungsbereich)

1. Für den Tarifvertrag 1994-1996 betreffend den Rang des mit Führungsaufgaben betrauten Personals gelten die Bestimmungen laut Art. 4 des Regionalgesetzes vom 6. Dezember 1993, Nr. 22.

2. Der Regionalaussschuß trifft die notwendigen Vorkehrungen.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la cons. Zendron, ne ha la facoltà.

ZENDRON: Brevemente Presidente, quello che ha detto adesso il Presidente della Giunta è un po' imbarazzante, perché ha giustificato la cifra più elevata di quelle indicate prima anche dalla collega Chiodi, giustificandolo con l'esistenza di un numero di dirigenti che non è quello reale e poi dice: ci sono i titolari reali e quelli facenti funzione. Vorrei dire molto ufficialmente ed avendo chiesto che mi si recuperi la sentenza, che ieri con grande clamore, perché credo che non tutti siano d'accordo ed anch'io ho delle perplessità, ma comunque c'è una sentenza definitiva su questo argomento, ne hanno parlato in televisione, eccetera, una sentenza della Corte di cassazione in cui si dice che il fatto di avere svolto delle funzioni non dà diritto al trattamento economico, a noi sembra una cosa non giusta eccetera.

Allora se il Presidente dice: calcoliamo di averne 7, perché ne abbiamo tre più quattro facenti funzione, i conti non tornano più, deve fare i calcoli con i tre e poi eventualmente trovare un altro modo per aggirare la legge, se la cosa gli risulta opportuna. Non ci siamo.

C'è poi una cosa di maggiore rilievo, su cui vorrei attirare l'attenzione di quelli che seguono e non usano il Consiglio per fare altri generi di affari ed è il fatto che il Presidente nella sua risposta ha affermato: 'ci sono 5 pensionati dal 1994 che ne hanno diritto a tutti gli effetti' e va bene, poi ha detto: 'ne abbiamo però altri cinque che, se il tavolo della contrattazione deciderà di dare loro qualcosa, rientreranno in questa legge', no Presidente, possiamo discutere, come ha detto qualcuno è una valutazione politica se effettivamente dare a cinque dirigenti, che hanno avuto quello che dovevano avere, può essere una questione di opportunità politica, però se lei viene a dire che ce ne sono altri cinque che non rientrano nelle previsioni di legge, ma lei in base alla trattativa, un tavolo sindacale vuole ugualmente farli rientrare, allora è inutile che facciamo la legge, dica che dà i soldi a chi vuole.

Non so se è chiara la differenza; il Presidente ha detto: è un certo numero di dirigenti che non si capisce bene quanti siano, perché fa rientrare nel numero anche quelli che non lo sono e fa i suoi calcoli, poi per i pensionati dice che cinque rientrano in quello previsto dalla legge ed hanno diritto, su altri cinque decideremo in sede di trattativa sindacale. Dico che su questi cinque lui non può fare dei calcoli, perché non è possibile che il Consiglio regionale pensi di pagare dei dirigenti che non rientrano neanche nella previsione, sulla base della quale si fa questa legge, o si è espresso male, però è una cosa inammissibile, non può ammettere in una legge che fa uno stanziamento

per dare il dovuto a determinati lavoratori e poi inserirne degli altri a seconda di quella che è la loro capacità contrattuale ad un tavolo di trattativa.

Inammissibile, questa mi sembra una cosa molto grave, su cui vorrei una spiegazione molto precisa, non può essere che si facciano degli stanziamenti senza sapere chi sono esattamente le persone ed i diritti dei lavoratori dipendenti, per cui si fa questo provvedimento.

Se il Presidente parla di trasparenza, mi sembra veramente che siamo oltre, qualcosa che non si riesce a capire, non basta dire che siamo trasparenti, bisogna esserlo, qui c'è il massimo della mancanza di trasparenza e veramente un atteggiamento verso la legge in cui si dice: questi hanno diritti e gli altri vedremo, se saranno bravi a chiedercelo.

Vorrei una spiegazione oltre ogni dubbio, perché quando si dice: dobbiamo dare a chi ha diritto, in qualche modo ci sentiamo anche coinvolti e non è giusto togliere a chi ha diritto, però far rientrare chi non ha diritto con la scusa che si dà a chi ha diritto, non mi sembra una cosa che si possa accettare.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola la cons. Klotz, ne ha la facoltà.

KLOTZ: Herr Präsident, auch damit der Ausschußpräsident in der Mittagspause vielleicht nachdenken und sich vielleicht auch selber klarer informieren kann.

Die erste Frage: Wer sind die fünf eventuellen Fälle? Welche Verhandlungsgrundlage setzt man sich selber? Was ist die Verhandlungsgrundlage? Was ist das Verhandlungsziel? Das muß man ja hier wissen. Ich persönlich sehe mich außerstande am Zustandekommen eines Gesetzes mitzuarbeiten, von dem wir weder eine klare Zielsetzung noch klare Rechtsgrundlagen kennen. Da muß schon zuerst eine gewisse Klarheit sein. Ein Gesetz soll ja klar sein. Ein Gesetz soll ja so definiert sein, damit es anwendbar ist. Wir können nicht ein Gesetz machen und nachher erst festlegen für welche Fälle es anzuwenden ist. Eine solche Vorgangsweise ist ganz abwegig. Ein Gesetz macht man um Klarheit zu haben und um es anzuwenden. Ich kann nicht zuerst das Gesetz machen und nachher die Fälle konstruieren, für die es anwendbar sein soll; auch bei allem Verständnis, daß der Absatz 2 davon spricht, daß der Regionalausschuß die notwendigen Vorkehrungen trifft. Ich will zuerst wissen, was notwendig ist, welche die rechtlichen Grundlagen sind.

Herr Präsident, bitte sagen Sie uns ganz klar die rechtliche Position der 7 im Dienst, die rechtliche Position der 5 in Pension und die rechtliche Position bzw. auch wenn schon die konkreten Fälle, die 5 eventuellen Fälle. Warum sind das eventuelle Fälle? Wovon hängt es ab, ob die eventuellen Fälle klar als vom Gesetz abgedeckte Fälle zu sehen sind oder nicht?

PRESIDENTE: Sono le ore 12.59, sospendo la seduta per l'intervallo di mezzogiorno, i lavori riprenderanno alle ore 15.00.

(ore 13.00)

(ore 15.13)

Vorsitz Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Wir beginnen mit den Arbeiten.
Ich bitte um den Namensaufruf.

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Wir setzen jetzt die Arbeiten zum Artikel 1 fort. Wer meldet sich noch zu Wort? Niemand, dann stimmen wir ab.

Wer mit dem Artikel 1 einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben? Wer stimmt dagegen? 13 Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? 1 Stimmenthaltung.

Frau Abgeordnete Klotz, nur als Erklärung. Wenn sie jemanden um eine Auskunft bitten, dann kann ich ihn auch nicht zwingen. Jeder muß dann soweit sein, daß er so höflich und nett ist auch zu antworten. Wenn ich es weiß, dann erinnere ich die entsprechenden Partner, aber ich war am Vormittag ja nicht da. Vielleicht läßt es sich jetzt im weiteren Verlauf noch klären.

Der Artikel 1 wurde mehrheitlich genehmigt: 13 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung und dem Rest Ja-Stimmen.

Art. 2
(norma finanziaria)

1. Per la finalità di cui al precedente art. 1 è previsto un onere complessivo di lire 800 milioni.

2. Alla copertura dell'onere gravante sull'esercizio 1996 si provvede mediante riduzione di pari importo dal fondo globale iscritto al capitolo n. 670 della spesa per l'esercizio finanziario medesimo.

3. Per gli esercizi successivi, si provvederà con legge di bilancio, ai sensi dell'art. 7 e nei limiti previsti dall'art. 14 della legge regionale 9 maggio 1991, n. 10, recante norme in materia di bilancio e sulla contabilità generale della Regione.

DENICOLO':

Art. 2
(Finanzbestimmung)

1. Für die Zwecke gemäß vorstehendem Art. 1 ist eine Gesamtausgabe von 800 Millionen Lire vorgesehen.

2. Die Deckung der zu Lasten des Haushaltsjahres 1996 gehenden Ausgaben erfolgt durch entsprechende Kürzung des im Kap. 670 des Ausgabenvoranschlags für das genannte Haushaltsjahr eingetragenen Sammelfonds.

3. Mit Hinblick auf die darauffolgenden Haushaltsjahre werden im Sinne des Art. 7 sowie innerhalb der Grenzen laut Art. 14 des Regionalgesetzes vom 9. Mai 1991, Nr. 10 betreffend "Bestimmungen über den Haushalt und das allgemeine Rechnungswesen der Region" Haushaltsgesetze erlassen.

PRÄSIDENT: Ich verlese jetzt den Antrag zum Abänderungsantrag von den Abgeordneten Zendron, Kury, Benedikter, Tarfusser, Chiodi u.s.w.

All'articolo 2, comma 1, la cifra "400 milioni" viene sostituita della cifra "270 milioni".

Jetzt verlese ich sie beide und danach bringen wir sie in die richtige Reihenfolge.

Im Artikel 2 Absatz 1 wird die Zahl "400 Millionen" durch die Zahl "270 Millionen" ersetzt.

Jetzt verlese ich noch den Abänderungsantrag eingebracht vom Ausschuß

L'articolo 2 comma 1 è sostituito dal seguente:

1. Per le finalità di cui al precedente art. 1 è previsto un onere complessivo di lire 400 milioni.

L' articolo 2 comma 2 è sostituito dal seguente:

2. Alla copertura dell'onere gravante sull'esercizio 1997 si provvede mediante riduzione di pari importo dal fondo globale iscritto al cap. 670 della spesa per l'esercizio finanziario medesimo.

DENICOLO': Bei Art. 2 wird Absatz 1 durch den nachstehenden ersetzt:

1. Für die Zwecke gemäß vorstehendem Art. 1 ist eine Gesamtausgabe von 400 Millionen Lire vorgesehen.

Bei Art. 2 wird Absatz 2 durch den nachstehenden ersetzt:

2. Die Deckung der zu Lasten des Haushaltsjahres 1997 gehenden Ausgaben erfolgt durch entsprechende Kürzung des im Kap. 670 des Ausgabenvoranschlags für das genannte Haushaltsjahr eingetragenen Sammelfonds.

PRÄSIDENT: Wir beginnen jetzt mit dem Antrag zum Abänderungsantrag. Wer möchte sich zu Wort melden? Bitte, Abgeordneter Gasperotti.

GASPEROTTI: Grazie Presidente. Quest'aula oggi è chiamata a definire un mandato alla delegazione che si presenterà con i lavoratori o loro rappresentanti per attivare una contrattazione che risponda al bisogno contrattuale. La contrattazione è condizionata dal rispetto degli accordi nazionali per quanto riguarda la copertura dell'inflazione programmata e se vi fosse un'inflazione maggiore di quella programmata degli anni precedenti.

Si sono dati delle cifre questa mattina e ritengo che, se quest'aula deve svolgere un ruolo preciso, le cifre debbano essere altrettanto precise. I lavoratori andati in quiescenza nell'anno 1994 saranno coperti contrattualmente per quell'anno ed il conteggio fatto a nuovo rispetto alla liquidazione o quanto spetta per contratto, sarà fatto per quell'anno e finisce l'operazione, per gli altri lavoratori rimasti in servizio si applicherà la quota dell'inflazione programmata con il recupero dell'eventuale dato maggiore dell'inflazione effettiva.

I paletti di questa legge dovrebbero essere questi Presidente, la Giunta si deve assumere di mettere dei paletti, i quali dicano per quanto riguarda i lavoratori che svolgono funzioni di dirigente si attivi il rispetto dell'accordo che è rifinito nella copertura dell'inflazione programmata ed il recupero dell'eventuale maggiore, altrimenti facciamo un'operazione che potrebbe - e mi attiverò perché questo avvenga davvero - sollevare eccezioni dal punto di vista della legge.

Voi state parlando di personale dirigente che dovrebbe essere tutelato da un contratto privatistico, questo contratto non è ancora in essere e pertanto non si può dare un riconoscimento economico privatistico e dall'altra offrire la garanzia dell'ex impiego pubblico, si faccia un ragionamento coerente. La copertura dell'inflazione va fatta e questa è legittima e anzi doverosa, ma più di questo non ritengo sia necessario. La legge non stabilisce paletti dal punto di vista del riconoscimento o di contrattazione normativa, certo che, se le sollecitazioni del personale che è andato in quiescenza, perché vi sia un riconoscimento ulteriore e magari maggiore rispetto a quello che è nel diritto, si vanno a mettere in campo operazioni che non giovano per chi governerà questa Regione, anche per quanto riguarda il personale dirigente.

Si parte dalla serietà e dalla correttezza del rapporto di lavoro con i dirigenti per seguire fino in fondo al resto dell'organizzazione. La serietà imporrebbe che le cifre fossero conosciute da quest'aula in maniera scritta, si sappia quanti sono, fino a che limite, se non si può fare il nome per la privacy va benissimo, a me interessa solo il numero ed eventualmente cosa vuol dire attivarsi o scegliere un percorso rispetto ad un altro, cioè quali sono i costi effettivi delle scelte messe in essere, quello che ho sempre richiesto Presidente Grandi, ogni volta si dice: le scelte politiche devono anche avere a fianco una corrispondenza economica, altrimenti facciamo un forfait e sui forfait lei sa che non mi trova mai d'accordo.

Quindi la proposta dei 270 milioni è affidata a quel calcolo portato in assemblea oggi dalla collega Chiodi e riferito a dei calcoli fatti dagli uffici regionali. Volevo che ci fossero questi due paletti: il primo che si riferisce all'inflazione dovuta e l'altro che non si vada oltre, si riconosca fino a..., altrimenti tutte le aspettative e le voglie di prendere di più si attivano e non saremo mai in grado di governarle, ma non tanto noi che siamo i consiglieri, ma voi che farete parte della delegazione.

PRÄSIDENT: Danke. Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Klotz.

KLOTZ: Ich möchte nicht wiederholen was ich am Vormittag gesagt habe. Er sagt, er wird uns darauf antworten.

Herr Präsident vor allen Dingen frage ich mich - und deshalb gehört es zur Debatte - von welchen Grundlagen man ausgeht? Man hatte ursprünglich vorgesehen 800 Millionen Lire, man kommt dann jetzt im eigenen Änderungsantrag auf die Hälfte der Summe, also auf 400 Millionen. Wir haben vom bisherigen Ausschußmitglied Wanda Chiodi gehört, daß in den Regierungssitzungen immer von einem Bedarf von höchstens 270 Millionen Lire die Rede war. Jetzt müssen wir schon ungefähr wissen, wenn wir ein Gesetz machen: wieviel wird das kosten? Für wen wird das Gesetz sein? Für was wird das Gesetz sein? Das ist das erste, sonst brauche ich kein Gesetz machen, sonst muß man zuerst die Verhandlungen führen. In diesem Zusammenhang ergibt sich für mich auch die Frage, auf welchem Stand dann diese Verhandlungen sind? Welches Ergebnis ist abzusehen? Was meint man mit diesen 5 eventuellen Fällen? Wovon hängt das ab?

Im Grunde genommen, bevor wir dann zur Abstimmung kommen, eine klare Antwort zu diesen klaren, wichtigen Fragen, denn Sie müssen ja wissen, was Sie wollen und wofür das Gesetz sein soll?

PRÄSIDENT: Bitte, Frau Abgeordnete Chiodi.

CHIODI: La ringrazio Presidente. Volevo un attimo correggere la collega Klotz, in Giunta non abbiamo mai parlato di questo disegno di legge ed i dati che ho portato questa mattina, poi confermati dal Presidente Grandi, cioè i 270 milioni che dovrebbero servire per coprire questa spesa, il Presidente Grandi ha riferito che forse sono di meno, sono dati emessi dalla ragioneria della Giunta regionale, non è mai stato discusso in Giunta di questi argomenti, perché questa cosa era già stata presentata.

Torno a ribadire, anche se abbiamo votato ora l'art. 1, la richiesta, peraltro non accettata, di sospendere questa legge e portarla all'interno del recepimento della 421, per cui sono cofirmataria di un emendamento tendente a modificare l'emendamento dei 400 milioni presentato dalla Giunta.

Presidente, credo che daremo un'immagine seria della gestione dei soldi pubblici se, sapendo che andremo ad impegnare 270 milioni e forse meno, la Giunta ritirasse l'emendamento di 400 milioni, accettando l'emendamento che corrisponde ai conteggi fatti dalla ragioneria della Giunta, ecco perché è stato presentato l'emendamento.

Credo sarebbe utile farlo per la vostra e nostra immagine, visto che il personale della Giunta regionale ha fatto questi conteggi, ritengo pertanto sia folle stare qui a votare un emendamento di 400 milioni, che poi magari andiamo ad usarne 200, tenendo conto che manca un anno alle elezioni, servono 270 milioni, gli altri 130 sono comodi da distribuire senza controllo per accontentare l'uno e l'altro.

Allora sostengo Presidente che lei dovrebbe, tenendo conto della discussione che c'è stata stamattina e delle carte che i suoi uffici le hanno passato, dovrebbe approvare non l'emendamento di 400 milioni, ma quello dei 270 milioni.

Credo questo sia un discorso che va fatto, l'aumento ai dirigenti deve essere calcolato con la percentuale del costo del lavoro, credo che di questo ne hanno diritto

quelle poche persone che sono andate in pensione, come abbiamo discusso a lungo stamattina, dobbiamo rispettare le regole ed anche i numeri.

Ci rendiamo conto che di questi argomenti bisognerebbe discuterne in un bacino generale, perché le differenziazioni fra la Provincia, le Regioni, i comuni, le IPAB, ecc. sono sempre molto diverse; la retribuzione dei dirigenti della Provincia è fatta in un modo, quella della Regione nell'altro, credo che un po' di regola bisogna metterla.

Allora incominciamo inserendo in questa legge i soldi che veramente servono, la ragioneria dice 270 milioni e le consiglio, Presidente, di mettere 270 milioni, perché credo che altrimenti avrà difficoltà a spiegare perché ne ha messi 400 e dove vuole mettere gli altri 130 milioni, perché è chiaro ed evidente che questo è un argomento dove noi non molliamo, qui parliamo di trasparenza e la trasparenza la esigiamo, altrimenti andiamo a fare delle regalie che in un momento particolare non sono giuste da fare a delle persone che sono uscite dall'ente Regione per loro scelta, hanno concluso il loro rapporto di lavoro e se ne sono andati. Dobbiamo ritornare al 1988 per fare questo tipo di interventi? Non è possibile.

Questa mattina ho parlato di opportunità politica e questa lo è sulla trasparenza.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Taverna, bitte.

TAVERNA: Signor Presidente, soltanto poche parole per sostenere l'emendamento presentato da un numero non indifferente di consiglieri rispetto a quanto previsto dall'art. 2 di questo disegno di legge. Ritengo non sia soltanto in gioco l'opportunità politica, signor Presidente della Giunta, c'è in gioco un'opportunità contabile, perché evidentemente mi si deve convincere perché siamo partiti da una cifra stanziata al comma 1 di 800 milioni e la relazione della II^a Commissione al riguardo liquida il disegno di legge con poche e scarse righe e la Commissione, leggo testualmente: "Udita la relazione del Presidente della Giunta e preso atto della necessità di porre a disposizione per la contrattazione a favore del personale regionale della qualifica di dirigente la necessaria dotazione finanziaria, come previsto dalle vigenti disposizioni, la Commissione ha ritenuto il disegno di legge un atto dovuto ed ha approvato a maggioranza, senza particolari discussioni, il provvedimento, prendendo atto che il titolo corretto è quello riportato nella parte dell'articolato e non in copertina."

Signor Presidente, mi sia consentito di essere un pochino indisponente, ma questa relazione mi induce ad avere titolo per fare questa affermazione, mi rivolgo al Presidente della Commissione, non perché egli abbia una particolare responsabilità, ma come si fa a produrre una relazione di siffatta natura, dicendo che questo disegno di legge è un atto dovuto e si doveva fare, si pone l'accento sul fatto che bisogna modificare il titolo del disegno di legge, così come erroneamente riportato in copertina, si prende atto quindi del fatto che 800 milioni sono l'importo che costituisce la premessa per garantire la copertura della contrattazione, successivamente la Giunta ci porta un emendamento che riduce del 50% questo stanziamento, l'ex assessore Chiodi,

che penso sia stata informata della evoluzione della questione, perché in Giunta regionale il disegno di legge è stato pur licenziato e mi domando come sia possibile che attraverso il corso delle settimane e dei mesi, quindi lo scorrere lento del tempo, siamo arrivati ad una situazione per la quale, non ho firmato l'emendamento, ma i miei colleghi del gruppo hanno ritenuto di firmarlo, quindi mi trovo in sintonia con lo spirito dell'emendamento, i miei colleghi sottoscrivendo l'emendamento medesimo mi assicurano che sono sufficienti 270 milioni.

Allora sono rassicurato dalla rassicurazione dei miei colleghi e quindi ritengo di dover sostenere nello spirito e nella lettera l'emendamento, però quello che non riesco a capire, pur sforzandomi di comprendere signor Presidente, come sia possibile che anche la Commissione sia incorsa in questo errore, giudicando congruo la cifra stanziata e la commissione venne successivamente smentita dall'emendamento presentato dalla Giunta, che riduce del 50% l'ammontare dell'investimento per la copertura della contrattazione e la collega Chiodi, bene informata ed a questo proposito la collega Chiodi non ha fatto mistero dei conti elaborati dalla ragioneria della Giunta, la collega Chiodi è l'ispiratrice dell'emendamento che porta a 270 milioni lo stanziamento per la copertura della contrattazione.

Signor Presidente, credo che noi o siamo caduti in un errore di valutazione molto grossolano, pesante e preoccupante, oppure qui si sparano le cifre come se ci dovessimo trovare di fronte al gioco del lotto, mi pare che si gioca fino al '90 nel gioco del lotto, non so se questo è Totogol o se questo è il toto-indennità prodirigenti, sta di fatto che questa procedura, non volendo banalizzare la questione...

(interruzione)

TAVERNA: Signor Presidente del Consiglio, lei mi ha richiamato, ma ritengo non soltanto perché mi ha richiamato, ma perché ero al finire del mio ragionamento, mi pare che questa impostazione rasenti la tragedia o la commedia, in altri tempi eravamo abituati a soluzioni tragico-comiche. Penso che questa abitudine non sia purtroppo scomparsa dalle menti e dai cuori dei nostri responsabili del governo regionale.

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter
Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz

PRESIDENTE: Collega Taverna, l'ho dovuta richiamare a rispettare i tempi, perché questo Consiglio mi ha eletto per far rispettare il regolamento. Lei non me ne vorrà, ma so che è molto rispettoso dei richiami del Presidente.

Ha chiesto di intervenire il collega Divina, ne ha la facoltà.

DIVINA: Abbiamo pochi minuti per parlare di un articolo e due emendamenti, mi riferisco all'articolo come era il testo originario, che prevedeva per questo adeguamento contrattuale la cifra originaria di 800 milioni, per bocca del Presidente Grandi avevamo

qualche perplessità su chi avrebbe fruito di questa somma, abbiamo capito che tocca esclusivamente sette dirigenti, più cinque dirigenti ormai in quiescenza.

Presuppongo che i cinque in quiescenza non siano stati dispensati dal servizio il 31.12.1996, probabilmente saranno mancati nel corso dei tre anni, per cui sette più cinque dodici potremmo, proprio per semplificare ai colleghi e non appesantire il ragionamento, pensare che riguardasse a pieno titolo una decina di figure dirigenziali, che avrebbero dovuto dividere 800 milioni, è semplice il conto, 80 milioni a testa per un adeguamento contrattuale.

Sapete che l'adeguamento contrattuale, come ci hanno insegnato gli ultimi governi, dovrebbero stare rigorosamente entro determinati parametri di incremento del costo della vita, eccetera, sappiamo quanto è stato bravo il governo Prodi, quanto ha saputo vendere bene il suo contenimento inflativo, sembra che quest'anno o nell'anno di governo dell'Ulivo l'inflazione sia stata contenuta addirittura sotto il 2%, però noi sapevamo molto bene che prima era qualche punto più alta; sono convinto che è tutto falso ed è tanto falso che non ci si crede nemmeno nella Regione Trentino-Alto Adige.

Considerando che fosse stata doppia negli anni precedenti, diremmo un 4 punti, con altri 4 punti, con l'ultimo anno dei due punti, diciamo che l'incremento contrattuale triennale poteva lavorare, si poteva basare su una cifra di incremento complessivo triennale del 10%, spero che mi seguiate pur parlando di numeri.

80 milioni a testa sarebbe stato l'incremento di un 10% triennale, ma scusatemi, i dirigenti in Regione percepiscono 800 milioni lordi all'anno? Speriamo proprio di no, perché altrimenti credo che qualsiasi consigliere regionale si potrebbe alzare e chiedere immediatamente l'abrogazione della legge sui vitalizi collegata all'indennità dei parlamentari, ma si potrebbe immediatamente collegare con ampia soddisfazione di ognuno all'indennità dei dirigenti della Regione.

Penso che anche seguendo il ridicolo emendamento, dico ridicolo perché non si possono fare emendamenti di questo tipo, perché si può giocare su alcuni milioni gli assestamenti, non del 50%, se ieri andava bene 800 oggi non può andare bene 400, bisognerebbe utilizzare termini che poi sono disgustosi per proferirli, per dare l'idea di quanto scandalo sia un'azione di questo tipo.

Sono in parte rammaricato perché noto, vorrei essere smentito domani, pochissimo interesse da parte della stampa di cosa veramente accade in questo Consiglio, molta dovizia di particolari sul come si nominano gli assessori, su quanti voti prendono, su quante schede bianche, su quanti tiri mancini, cose che agli elettori non interessano, di quante donne può avere un assessore, di quante cene fanno in un luogo al posto dell'altro, purtroppo queste sono le notizie. Vorrei che con dovizia di particolari la stampa desse all'esterno un piccolo resoconto di quello che sta accadendo oggi, si chiedono 800 milioni, si fa un emendamento e si dice no bastano 400 quanti interessano, una decina di persone e poi si lasci che il sindacato dica la sua, si lasci che tutte le organizzazioni sociali, che il borgomastro della città di Trento dica la sua, che tanto è abituato ad intervenire su ogni questione che tocca istituzioni che non siano il suo comune.

Chiudo il mio intervento. Guardate che è stato detto che questi sono gli anni delle vacche grasse, ma questi sono gli anni delle vacche grasse anabolizzate, qui si sta drogando tutto, è un sistema drogato, è un sistema che ha bisogno d una forte cura, di una terapia intensiva, non possiamo accettare queste cose.

Qui ci troviamo davanti purtroppo ad un bivio a tre strade ed il male minore è scegliere la strada che l'emendamento di una serie di consiglieri della minoranza hanno posto, cioè portare entro il binario dell'accettabilità l'adeguamento stipendiale di dirigenti e di ex dirigenti che una volta tanto si conviene anche sulle argomentazioni che fanno i colleghi del PDS, sul fatto che, se non esiste certezza di diritto, se le posizioni anche pregresse possono essere sempre rivalutate, crediamo che non si potrebbe mai porre la parola fine a nessun tipo di rapporto. Chi ha prestato un buon servizio è stato retribuito, ha goduto fino al momento della quiescenza del trattamento spettante, qui si rimette un po' in gioco, qua sembra che si voglia dare un premio ed a questo punto, essendo i numeri così limitati, hanno tutta la puzza di premi 'ad personam'.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la collega Zendron, ne ha la facoltà.

ZENDRON: Grazie Presidente. Abbastanza brevemente vorrei solamente sostenere l'emendamento di cui sono firmataria, per spiegare la ragione di questa riduzione di cifra.

Credo sia emerso da tutto il dibattito l'evidenza che la cifra messa a disposizione, anche nella formulazione dimezzata, dopo che c'era stato un intervento anche dei sindacati regionali che si sono incontrati anche con i capigruppo, però è sempre una cifra che ci sembra abbastanza buttata là, anche con i colloqui che abbiamo avuto e la discussione in aula, l'unica cifra ragionevole sembra quella fatta dalla collega Chiodi, che dice che è stata fatta una previsione.

Vorrei entrare un po' nel merito e dire che comunque si veda la questione, sia che si tenda a far rientrare tra i beneficiari anche i pensionati di vecchia data, sia che non si intenda fare questo, comunque non si deve coprire un periodo lunghissimo dal momento in cui sono andati in pensione, si deve coprire la differenza da un periodo successivo e quindi in ogni caso il bisogno mi sembra che lo si possa considerare ridotto rispetto quella che è la previsione fatta dalla Giunta.

A proposito di questo devo dire comunque che riconoscere dei benefici, rispetto al nuovo contratto a chi è andato in pensione per le sue ragioni, magari anche prima del raggiungimento dei limiti di anzianità, prima dell'entrata in vigore del nuovo contratto, è un po' imbarazzante, cioè la ragione che viene portata dagli interessati è quella di dire che è una questione di giustizia.

Abbiamo provato ad esaminare, ma non sembra ci sia chiarezza neppure da parte della Giunta; si afferma per ragioni di giustizia nei confronti di un trattamento già fruito dai dirigenti della provincia di Trento, più di tanto comunque non sono riuscita a sapere se è effettivamente così, non conosciamo gli emolumenti dei dirigenti della Provincia di Trento e di quelli regionali, a mio parere anche la conclamata armonizzazione, non deve essere settoriale, ma dovrebbe riguardare un ragionamento

complessivo, di retribuzione e di diritti, ma è un po' imbarazzante discutere perché ci mancano alcuni dati.

Mi pare che anche qui da parte della Giunta regionale non ci sia stata una preparazione, va bene che non è l'assessore, ma è il Presidente che si è autonominato esperto in materia, pur non essendolo, tanto è vero che è interessante discutere di retroattività nel momento in cui in Italia si comincia addirittura a livello nazionale e statale a rimettere in discussione diritti addirittura pregressi.

Sarebbe opportuno che ci venisse offerto un quadro di paragone reale fra trattamenti, per riuscire a valutare se effettivamente la giustizia è una cosa che si possa invocare in questa situazione.

In ogni caso, comunque si facciano i conti, ripeto, staccando le varie considerazioni, direi che le previsioni di cifra complessiva fatte dalla Regione sono sicuramente, anche nella formulazione dell'emendamento da 400 miliardi, esagerate e che valga la pena accettare questo emendamento, salvo in futuro fare degli adeguamenti, ma non mi pare si possa fare uno stanziamento su una previsione massima, che esce anche un po' da quelle che sono le intenzioni che sono state qui espresse.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sull'emendamento? Nessuno. La parola al Presidente della Giunta.

GRANDI: Grazie signor Presidente. Vorrei fornire alcuni elementi di risposta, che spero consentano di fare giustizia rispetto a tutta una serie di obiezioni che ancora rimangono in campo.

Il primo. La legge che stiamo per emanare deve essere considerata come presupposto per la contrattazione, poiché, cons. Klotz, in questo momento non è in atto alcuna contrattazione, perché la contrattazione secondo le norme alle quali dobbiamo attenerci per i dipendenti regionali, prevedono che prima venga fatta una legge che autorizza l'avvio della contrattazione, nella medesima legge deve essere inserito l'ammontare massimo dal punto di vista delle risorse finanziarie necessarie e dopo si attiva il tavolo della concertazione, le parti trovano l'intesa, ad intesa avvenuta si sa esattamente quale è l'ammontare, che se è in eccesso occorre tornare in aula e con altro provvedimento legislativo accrescere le risorse finanziarie; se l'ammontare invece, come è sempre accaduto, è in diminuzione, allora la parte non impegnata delle risorse finanziarie ritorna nelle casse della Regione.

Quindi la legge è semplicemente il presupposto necessario perché possa essere iniziata la contrattazione, quindi in questo momento non c'è contrattazione alcuna, noi non disponiamo di nessun tavolo.

Secondo. Gli 800 milioni, quindi i 400 milioni, ed ora i 270 milioni, ribadisco quanto dicevo poc'anzi, che i primi sono stati inseriti in questo provvedimento di legge non come frutto di una ipotesi, secondo cui vi abbisognavano effettivamente 800 milioni, ma scaturiscono dal fatto che per la contrattazione dell'altro personale erano stati previsti 5800 milioni, ma ne furono impegnati 5000, per cui l'avv. Conci, capo del personale nel momento in cui stese questo provvedimento di legge indicò la

cifra di 800 milioni non impegnati dal menzionato contratto dei dipendenti regionali. A quel punto gli 800 milioni, è molto chiaro, non hanno nulla a che vedere con il fabbisogno reale o potenziale della contrattazione della dirigenza.

L'avv. Conci, cito anche il nome tanto perché si conosca la fonte, si è limitato a rendere disponibili le risorse non impegnate per il contratto già in vigore, dire, non perché siano utilizzate in toto, ma nel rispetto del metodo con il quale si è operato fino a questo momento, prevedere un ammontare massimo, per poi scendere e passare in economia tutti i soldi non utilizzati.

Perché ad un certo punto sono diventati 400 i milioni? Perché in occasione dell'incontro con il sindacato, mi ha riferito l'assessore Holzer, c'è stata una sorta di insurrezione del personale, che ha detto: ma come utilizzate 800 milioni per il contratto della dirigenza! Lì è stato detto che non è così, perché noi dalle cifre che abbiamo utilizzeremo circa la metà ed allora è stata indicata la metà, semplicemente perché si voleva dare prova del fatto che non si intendevano spendere 800 milioni, ma che il contratto sarebbe potuto contare 400 milioni circa e su richiesta del sindacato di mettere per iscritto tale intento. Non si fa pertanto nessuna sparata di cifre, quindi anche questo è chiaro.

Perché la commissione legislativa parla di congruità? Semplicemente perché riteneva che gli 800 milioni sicuramente coprivano il quantum necessario per la contrattazione.

Altra nota importante dal punto di vista metodologico. Il contratto è sempre frutto di una concertazione tra parti, allora anche se una delle parti è rappresentata dalla Regione e anche se in questo caso la Regione ha la competenza legislativa, tant'è che si può attivare la contrattazione solo nel momento in cui la legge viene emanata, la Regione certo che a priori deve fare delle proprie ipotesi, tant'è che si sono fatte delle ipotesi e si è detto che grosso modo dovrebbe costare questo, ma essendo la Regione una delle due parti che siede al tavolo, non può vincolare quel tavolo e quindi deve sempre distinguere il momento della produzione legislativa, nella quale si deve prevedere la ipotesi massima, altro sarà il comportamento della Regione in sede di tavolo ed a quel punto nel tavolo tutti i paletti che la Giunta riterrà di mettere, lo farà attraverso l'assessore o la propria delegazione.

Vedremo poi quali saranno i paletti che metteranno le rappresentanze sindacali e si vedrà a quel punto qual è l'intesa.

Nel momento in cui dobbiamo emanare la norma ed indicare questa cifra, non possiamo più di tanto vincolare, perché altrimenti ci viene meno la possibilità di trovare l'intesa, con il rischio anche di una impugnativa a priori della stessa possibilità di attivare il contratto.

Altra nota ancora. Ci sono delle persone che beneficeranno di quanto previsto nel contratto, che sono in rapporto di lavoro a tutti gli effetti e questi saranno quelle persone di cui ho letti prima il nome, forse violando la legge sulla privacy, poi vi sono queste eventuali due persone, che da qualche mese sono sotto forma di facenti funzioni, poi vi sono coloro che è ben vero che sono andati in pensione, ma che rientrano in questo contratto, perché avevano diritto ai benefici della contrattazione per

il periodo '94-'96, che sono i signori da me già menzionati. Non è dato di sapere come quel tavolo deciderà, può darsi che a quel tavolo la Regione dichiari la propria non disponibilità ad accettare le proposte avanzate.

Allora quali e quanti possono essere questi casi? Sono i casi di otto persone, me lo sono fatto scrivere per non commettere errori, perché qui c'è anche una questione tecnica, i dirigenti che sono andati in pensione in vigenza del contratto '91-'93, quindi prima di questa contrattazione e di per sé verrebbe da dire che nulla hanno a che fare con la contrattazione '94-'97, ma perché potrebbero rientrare? Perché a questi dipendenti è stato riconosciuto lo stipendio con l'indennità di direzione, con una annotazione però che ci è stata fatta presente in sede tecnica, non in sede politica, perché la Giunta regionale deciderà il proprio orientamento da tenere al tavolo della contrattazione, dopo che la legge sarà emendata. Poiché nel rinnovare il contratto per i livelli '94-'96, ai direttori d'ufficio è stata riconosciuta la rivalutazione dell'indennità di direzione, estendendo questo beneficio ai direttori già in quiescenza prima del '94.

Quindi potenzialmente, tant'è che in Provincia c'è stato un ricorso che è stato vinto, però poi c'è stata la opposizione in sede politica, si ritiene potenzialmente che questo trattamento possa essere riconosciuto anche a questi otto dirigenti. Quindi sommando questi, sommando gli altri, sommando gli altri ancora, alla fine risulterà questo numero esatto di dirigenti, di cui ho fornito nomi e cognomi.

Faccio poi presente e chiudo, che l'occorrente che si prevede è di 400 milioni, ma che non sono 400 milioni annui, perché poi nei 400 milioni c'è tutto l'arretrato ed a regime ci sarà un onere annuale di circa 150 milioni.

Quindi l'aumento a seguito della entrata in vigore del nuovo contratto a regime, per tutti i dirigenti sarà non oltre i 150 milioni e preciso che questo discorso vale per tutti i dirigenti anche quelli delle due Camere di commercio.

Spero di essere riuscito a chiarire bene le posizioni. A questo punto diventa quasi illogico dire : 800, 400, 270 milioni, si tratta di sapere che si parte non con un tetto che è quello che non può essere comunque sforato, si tratta di definire un tetto, entro il quale ci si dovrà attenere, se lo si supera bisognerà tornare in quest'aula.

C'è l'impegno mio di riferire all'aula, sia circa il procedere della contrattazione, sia circa i risultati della contrattazione, a quel punto sapremo esattamente se saranno 100, 150, 200, 250 o 300 i milioni impegnati. Spero di essere stato chiaro.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Boldrini e poi concedo la parola alla collega Zendron, che è firmataria di questo emendamento, per l'intervento finale.

Prego collega Boldrini.

BOLDRINI: Grazie Presidente. L'intervento del Presidente Grandi è stato illuminante di come l'ente pubblico deve smettere qualunque iniziativa, perché è la dimostrazione esatta, il discorso del Presidente Grandi, di come per i politici i denari non hanno valore.

Presidente Grandi, ho fatto tutti gli anni '70 come dirigente d'azienda, come manager come controparte dei sindacati e sono diventato un nemico dei sindacati, cosa non vera, solo perché ero dall'altra parte del tavolo e le dico, Presidente Grandi, che

quando si largheggia preventivamente lo si fa anche successivamente. Quando l'avv. Conci prende 800 milioni che gli avanzano da una contrattazione e non sa cosa fare, li mette lì, vuol dir che l'avv. Conci non sa come si contratta con la gente, perché l'avv. Conci non sa il valore del denaro, perché il denaro pubblico non costa fatica, se il denaro pubblico costasse fatica a guadagnarlo allora si direbbe: 800 milioni tu sei matto, tu più di 100 milioni non li puoi spendere, vai a fare la trattativa, ma più di 100 milioni non puoi spendere, fa un po' cosa di pare, come facevo io.

Quando prendevo contatto con i sindacati i dicevo: più di questa cifra non si spende, 'facciamo sciopero', fate quello che vi pare, ma più di questa cifra non si spende, noi non possiamo mettere in gioco le sorti dell'azienda per dare ragione a voi, voi fregate posti di lavoro a chi non c'è, più di questa cifra non vi posso dare; si lottava, si discuteva fino a notte, si faceva sciopero, ma poi si svaniva a Canossa.

Qui si chiedono 800 milioni e mettili lì, quanti ce ne vogliono, 500? E lasciali lì! Non sono questi modi per fare contrattazione, ma quale concertazione? Sono soldi a cui voi non date valore, bisogna cambiare questo sistema, non la voglio più vedere lì questa gente, è necessario ridurre le spese correnti, sarebbe il caso che andiate via tutti!

PRESIDENTE: La parola alla cons. Zendron, prego.

ZENDRON: Presidente, credo sia stato detto tutto, vorrei solo chiedere la votazione a scrutinio segreto.

PRESIDENTE: Va bene. Votiamo il subemendamento a firma della collega Zendron ed altri. Prego distribuire le schede.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione:

votanti	53
schede favorevoli	26
schede contrarie	24
schede bianche	3

Il Consiglio approva.

Dobbiamo ora approvare la seconda parte dell'emendamento, che recita: l'articolo 2, comma 2 è sostituito dal seguente:

“2. Alla copertura dell'onere gravante sull'esercizio 1997 si provvede mediante riduzione di pari importo dal fondo globale iscritto al cap. 670 della spesa per l'esercizio finanziario medesimo.”

E' una conseguenza tecnica di quanto deliberato, collega Benedikter.

Prego l'aula di esprimersi, chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 5 voti contrari, 14 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli, l'emendamento è approvato.

Pongo in votazione l'art. 2 così emendato. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 1 voto contrario, 14 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli, l'articolo così emendato è approvato.

Ci sono dichiarazioni di voto? Nessuna.

Prego distribuire le schede per la votazione finale a scrutinio segreto.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione:

votanti	54
schede favorevoli	28
schede contrarie	19
schede bianche	7

Il Consiglio approva.

Procediamo con il punto 6) dell'ordine del giorno: **Disegno di legge n. 84:** **Interpretazione autentica del termine "Servizio" del comma 1 lettera b) dell'articolo 33 della Legge regionale 20 agosto 1954, n. 24 (presentato dalla Giunta regionale).**

Prego il Presidente Grandi di dare lettura della relazione.

GRANDI:

R e l a z i o n e

Con il presente disegno di legge si intende predisporre una interpretazione autentica del termine "servizio" del comma 1 lett b) dell'art. 33 della L.R. 20 agosto 1954, n. 24 concernente "Servizio antincendi".

Detta legge regionale, applicata da entrambe le Province autonome, organizza i corpi dei vigili del fuoco permanenti e volontari per la prestazione del servizio che, per il primo comma dell'art. 1 "ha lo scopo di tutelare l'incolumità delle persone e la salvezza delle cose mediante la prevenzione e l'estinzione degli incendi e l'apporto di soccorsi tecnici in genere per pubbliche calamità". Anche le leggi delle Province di Trento e di Bolzano affidano ai corpi dei vigili del fuoco il compito di vigilanza allontanando i pericoli che possano minacciare comunità. Per questo i vigili del fuoco sono chiamati ad intervenire in manifestazioni, a partecipare a feste di inaugurazione di comunità, sono tenuti a svolgere le operazioni di controllo che il servizio di prevenzione incendi comporta.

Ma non basta. Il regolamento-tipo dei corpi volontari dei vigili del fuoco dell'Alto Adige e lo statuto-tipo dei corpi del Trentino, approvati rispettivamente dalla

Giunta provinciale di Bolzano con la deliberazione 30.12.1983, n. 8015 e dalla Giunta provinciale di Trento con la deliberazione 30.03.1990, n.3396, riconoscono ai corpi dei vigili del fuoco volontari la qualità di istituzioni di carattere comunale, parte integrante delle comunità locali, delle quali sono chiamati a promuovere la civile convivenza, la crescita morale, sociale e culturale e la conservazione delle tradizioni. Per questo i corpi collaborano alle iniziative socio-culturali e folcloristiche promosse dai Comuni, prestano sostegno alle azioni di carattere umanitario, a beneficio di popolazioni di stati extracomunitari in particolari difficoltà economiche e sociali, intraprendono iniziative al fine dell'autofinanziamento.

Orbene, l'art. 33 della L.R. 20.8.1954, n. 24 regola l'impiego delle entrate della Cassa regionale antincendi. Per la lett. b) del primo comma dell'articolo indicato, i fondi della Cassa devono essere impiegati per "corrispondere le indennità temporanee e permanenti al personale permanente e volontario infortunato in servizi e per causa di servizio, ivi comprese le persone chiamate a prestare la propria opera a norma dell'art. 26 della presente legge..." Si precisa innanzitutto che l'indennità prevista dall'articolo suddetto non è una forma di assistenza corrispondente a quella versata ai lavoratori dagli istituti di previdenza ed assistenza sanitaria, ma è somma di denaro di carattere risarcitorio del danno morale e fisico subito nello svolgimento del servizio antincendi.

A seguito dei problemi insorti nell'esecuzione della norma riportata e delle scorrette interpretazioni della stessa nel corrispondere le dovute indennità, si è resa necessaria un'interpretazione autentica del termine "servizio". Come si è già chiarito i vigili del fuoco non sono investiti delle sole funzioni di estinzione degli incendi, ma anche di un complesso di compiti per assicurare l'adozione di tutte le misure necessarie per prevenirli. Parte integrante delle comunità locali, specialmente i corpi dei vigili del fuoco volontari sono chiamati anche a promuovere e collaborare alle iniziative espressione delle proprie collettività.

Dal momento che questi ulteriori compiti sono stati trascurati, con il disegno di legge in esame si precisa come il termine "servizio" del primo comma, lett. b) dell'art. 33 comprenda tutte le attività svolte dai vigili del fuoco, il diritto all'indennità deve essere riconosciuto anche quando i danni siano stati riportati nell'esercitare anche le altre funzioni di prevenzione degli incendi e di carattere sociale.

Negare l'indennità al vigile del fuoco perché infortunato nello svolgere operazioni diverse dall'estinzione di incendio ma pur sempre rientranti nelle prestazioni che il vigile doveva eseguire, non solo è azione scorretta ma illegittima per un diverso trattamento nei suoi confronti che risulta del tutto ingiustificato, che il termine "servizio" non può intendersi permetta; una diversa interpretazione contrasterebbe con il principio costituzionale dell'uguaglianza.

Per i motivi suesposti si propone ai signori consiglieri l'approvazione del presente disegno di legge.

PRESIDENTE: Prego il Presidente della I^a Commissione legislativa di dare lettura della relazione.

ATZ:

B E R I C H T

Die 1. Gesetzgebungskommission hat in der Sitzung vom 25. Juni 1997 den vom Regionalausschuß eingebrachten Gesetzentwurf Nr. 84 betreffend "Authentische Auslegung des Begriffs "Dienst" laut Artikel 33 Absatz 1 Buchst. b) des Regionalgesetzes vom 20. August 1954, Nr. 24" beraten.

Auch wenn der Gesetzentwurf als solcher im Verlauf der Debatte keineswegs abgelehnt wurde, so haben dennoch einige Kommissionsmitglieder dazu Bedenken geäußert. Abg. Benedikter gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß mit einem Gesetzentwurf eine Entschädigung für einen in Ausübung eines freiwilligen und sozialen Dienstes erlittenen moralischen Schaden vorgesehen wird, wobei er die Auffassung vertrat, daß es nicht möglich ist, neben der für die Freiwilligen Feuerwehrleute abgeschlossenen Versicherung eine weitere Entschädigung vorzusehen.

Abg. Taverna, der sich zwar nicht gegen die im Gesetzentwurf vorgesehenen Entschädigungen aussprach, hob hervor, daß die Bestimmung, welche festhält, daß genannte Entschädigung nicht ergänzende oder ersetzende Funktion für das Einkommen haben, sondern lediglich einen Ersatz für einen erlittenen Schaden darstellen, gesetzwidrig ist. Laut Auffassung des Abg. Taverna wird mit dieser Bestimmung direkt in den Einheitstext, welcher die Steuern des Staates regelt, eingegriffen, einem Sachgebiet also, das ausschließlich dem römischen Gesetzgeber vorbehalten ist.

Abg. Divina anerkannte zwar, daß mit dem Gesetzentwurf ein langjähriges Problem einer Lösung zugeführt werden sollte, äußerte jedoch Bedenken in bezug auf das Wesen der Entschädigung und kündigte an, daß er sich, da er den Gesetzentwurf nicht ablehnt, der Stimme enthalten wird.

Im Verlauf der Beratung des Gesetzentwurfes hat die Kommission zwei vom Regionalausschuß eingebrachte Zusatzanträge gutgeheißen. Der Gesetzentwurf wurde schließlich in seiner Gesamtheit bei sechs Ja-Stimmen, der Gegenstimme des Abg. Taverna und zwei Stimmenthaltungen der Abg. Benedikter und Divina gutgeheißen.

Der Gesetzentwurf wird nun zur weiteren Überprüfung an den Regionalrat weitergeleitet.

PRESIDENTE: E' aperta la discussione generale. Qualcuno intende intervenire? Ha chiesto la parola il cons. Benedikter, ne ha la facoltà.

BENEDIKTER: Es geht aus dem Bericht der Kommission hervor, daß ich meiner Verwunderung Ausdruck gegeben habe, daß mit einem Gesetzentwurf eine Entschädigung für einen in Ausübung eines freiwilligen und sozialen Dienstes erlittenen moralischen Schaden vorgesehen wird, wobei ich die Auffassung vertreten habe, daß es nicht möglich ist, neben der für die Freiwilligen Feuerwehren abgeschlossenen Versicherung eine weitere Entschädigung vorzusehen.

Ich muß sagen, ich verstehe diesen Regionalausschuß wirklich nicht. Nämlich so wie ich die Freiwilligen Feuerwehren seit den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts erlebt habe, waren es freiwillige Feuerwehren und sie haben freiwillig das getan was heute noch auf den Feuerwehrhallen steht: "Gott zur Ehr, dem Nächsten zur Wehr" - freiwillig einen Dienst für den Nächsten leisten, um ihn persönlich und sein Hab und Gut zu retten. Das ist sicher auch nach den Grundsätzen der katholischen Religion, die dem Einzelnen hilft seine Seele zu retten und zu erlösen oder für getane Sünde zu büßen. Daß man aber in einem Regionalgesetz, heute 1997, schreibt, es braucht eine Entschädigung sowohl vorübergehend als auch ständig, die den Freiwilligen Feuerwehrleuten für einen in Ausübung eines freiwilligen und sozialen Dienstes erlittenen moralischen Schaden ausbezahlt werden soll, verstehe ich nicht. Wenn sie einen physischen Schaden erleiden, daß es dann auch richtig ist, daß sie entschädigt werden, ist klar. Aber daß man sagt, die Freiwilligen Feuerwehren brauchen für einen durch ihren Dienst als Freiwillige Feuerwehren erlittenen moralischen Schaden eine Entschädigung, das wäre so als ob die Feuerwehrleistung eben moralisch verwerflich wäre, zu verurteilen wäre. Moralischer Schaden durch das Wirken als freiwilliger Feuerwehrmann, würde also hier in einem Regionalgesetz stehen.

Ausgerechnet die Region Trentino-Südtirol sieht das vor, wo die Freiwilligen Feuerwehren - oder wenigstens in Südtirol, aber ich nehme an auch im Trentino - eine jahrhundertealte Einrichtung sind und damals gab es keine Berufsfeuerwehr, sondern nur die Freiwilligen Feuerwehren im ganzen Land. Das gehört zu einer der schönen Überlieferung des Landes Tirol. Niemand hätte bis heute an eine Entschädigung gedacht, denn wer da den Dienst leistet, der tut es weil er ein Ideal hat, er leistet damit der Allgemeinheit einen Dienst und zwar einen Dienst, der sowohl moralisch als auch in jeder anderen Hinsicht als etwas Ehrenhaftes anerkannt wird. Hier steht im Regionalgesetz, der freiwillige Feuerwehrmann braucht eine Entschädigung für den in Ausübung eines freiwilligen und sozialen Dienstes erlittenen moralischen Schaden. Ich komme da einfach nicht mehr mit. Ich muß aber sagen, wenn das der Regionalausschuß vorschlägt, dann lebt er in einer anderen Welt.

Ich behalte mir vor noch darauf zurückzukommen.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire? La parola al cons. Taverna.

TAVERNA: Signor Presidente, in Commissione avevo manifestato dubbi e perplessità circa la congruità in termini formali e sostanziali dell'art. 1, in relazione alla natura che la legge regionale vuole segnare come risarcitoria delle prestazioni che i vigili volontari sono chiamati ad esercitare in alcune circostanze.

A mio giudizio questo art. 1/bis contraddice la lettera e lo spirito del testo unico delle imposte sui redditi, dove il legislatore nazionale lui solo è chiamato a definire l'entità e la natura dei redditi, così come gli stessi vengono conseguiti. A questo riguardo pare a me non possibile che il legislatore regionale si sostituisca al legislatore nazionale per quanto riguarda la descrizione dei tipi di reddito che i cittadini sono chiamati a dimostrare di possedere.

Alla luce di questa brevissima osservazione, che evidentemente trova in me convinta esternazione anche in questa circostanza, mi pare doveroso richiamare alla vostra attenzione due esempi che dimostrano a mio giudizio come fondata sia la mia preoccupazione e ovviamente da me richiesta di essere condivisa anche la valutazione che è conseguenza di questa osservazione.

Gli esempi sono due. Il primo, voi sapete che i cittadini sono chiamati, allorché si svolgono elezioni, ad occupare posti nel seggio elettorale in relazione alle funzioni di Presidente, di segretario e di scrutatore, allora i cittadini che sono chiamati a queste funzioni percepiscono una indennità e questa, come voi sapete, è soggetta a ritenuta alla fonte, per cui il comune provvede alla determinazione della trattenuta che sugli emolumenti viene comunque non soltanto conteggiata, ma anche attuata, quindi non c'è ombra di dubbio che questa indennità sia colpita, come è colpita, dalla trattenuta e quindi questo reddito è considerato reddito assimilato a lavoro dipendente e quindi viene trattato ai sensi dell'art. 47 del testo unico sulle imposte dirette.

Faccio un altro esempio per quanto riguarda il trattamento che subisce una delle voci in busta paga per quanto riguarda una categoria di dipendenti, per dimostrarvi come in questo caso deve essere alla legge nazionale o deve essere una giurisprudenza consolidata che afferri l'esenzione di una determinata somma dal computo e quindi dall'imponibile tributario fiscale.

Per quanto riguarda il contratto dei dipendenti degli istituti di vigilanza privata, ad esempio, voi dovete sapere che una delle voci della retribuzione degli addetti alla vigilanza privata è costituita dalla cosiddetta indennità divisa, ma questo può essere verificato per quanto riguarda i dipendenti di coloro che sono imbarcati sulle navi, che quindi sono dipendenti delle compagnie di navigazione, anche per loro vige lo stesso trattamento, il contratto assegna una certa somma per quanto riguarda l'indennità divisa e questa recentemente, per effetto di numerosissime sentenze e quindi per effetto di una pronuncia giurisprudenziale, è considerata come un risarcimento del danno non tanto per l'acquisto della divisa, quanto per la manutenzione della divisa.

Allora sotto questo profilo noi abbiamo due fattispecie, che sono trattate in modo diverso, la prima è considerata come una indennità vera e propria, assimilabile a reddito, la seconda proprio per effetto della pronuncia giurisprudenziale non più soggetta alla tassazione, quindi estranea alla ipotesi del testo unico e quindi non più materia imponibile. In un caso noi abbiamo un trattamento che la legge ha definito come corretto, nell'altro caso abbiamo una pronuncia giurisprudenziale che ha definito quella indennità, a cui prima facevo riferimento, avulsa ed estranea all'imponibile tributario per effetto di una pronuncia giurisprudenziale.

Unicamente per queste ragioni avevo sostenuto in commissione e ritengo doveroso sostenere anche in aula queste osservazioni che discendono da una perplessità, che a mio giudizio non è stata comunque risolta, malgrado avesse ricevuto assicurazione da parte della Giunta, che nelle more di tempo intervenuto tra l'approvazione del provvedimento e l'aula ci sarebbe stato un chiarimento anche a questo proposito, soprattutto alla luce delle argomentazioni e delle osservazioni che così modestamente anche in questa sede, ma altrettanto convintamente ho voluto manifestare.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il collega Leitner, ne ha la facoltà.

LEITNER: Danke, Herr Präsident. Es geht hier um die authentische Auslegung eines Begriffes bzw. jetzt zweier Begriffe, die Kommission hat einen dazu getan. Wenn man etwas interpretiert, dann heißt das, daß es Unklarheiten in einer Angelegenheit gibt.

Nachdem hier ein Gesetz aus dem Jahre 1954 interpretiert wird, ist das Gesetz gleich alt wie ich und also müßte man in dieser Zeit Erfahrungen gemacht haben. Es muß Beispiele geben, die diese Auslegung erfordern. Deshalb auch die klare Frage an den Präsidenten, welche Beispiele es z.B. gibt, wo ein Feuerwehrmann in Ausübung eines freiwilligen Dienstes einen moralischen Schaden erlitten hat.

Ich war selber einige Jahre bei der Feuerwehr und ich kann mir das einfach nicht vorstellen. Einen physischen Schaden kann man sehr wohl erleiden, man kann sich verbrennen, es kann einem ein Ziegel auf den Kopf fallen u.s.w., es gibt jede Menge Möglichkeiten sich die Knochen zu brechen, aber einen moralischen Schaden - und wer stellt denn einen moralischen Schaden fest? Meines Wissens gibt es moralische Schäden in der Gerichtsbarkeit, also wenn der Richter festlegt, daß jemand z.B. Rufschädigung erlitten hat. Ich könnte rein theoretisch auch in Ausübung meiner Funktion als Feuerwehrmann von jemanden beschimpft werden, daß ich falsch vorgegangen bin oder daß ich vielleicht überhaupt nicht hätte löschen dürfen. Man möchte mir hier an einem konkreten Beispiel sagen, wie einer, der einer freiwilligen Organisation angehört, in Ausübung dieser freiwilligen Tätigkeit einen moralischen Schaden erleiden kann. Das ist die Frage, die Kollege Benedikter schon in der Kommission gestellt hat und hier wiederholt hat. Ich verstehe ihn, das ist mir auch nicht einsichtig.

Man macht hier wie gesagt eine Interpretation was „Dienst“ anbelangt - in Ordnung. Man hätte meinen können, daß es ein Verdienstauffall ist. Das ist es eben nicht, denn es wird gesagt, sie haben nicht ergänzende bzw. ersetzende Funktion für das Einkommen. Jemand, der Feuerwehrmann ist, muß vom Arbeitsplatz weggehen wenn die Sirene geht und ein Einsatz ist und bekommt so gesehen keine Entschädigung. Worin kann die moralische Entschädigung bestehen? Die physische ist sehr leicht feststellbar, jede Verletzung ist ein physischer Schaden. Da ersuchen wir schon um Aufklärung, was mit einem moralischen Schaden gemeint ist?

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Berger, ne ha la facoltà.

BERGER: Herr Präsident, ich glaube zur Wortmeldung des Abgeordneten Leitner muß hier eine Klarstellung gemacht werden.

Der Abgeordnete Leitner hat hier richtigerweise den Verdienstauffall erwähnt und dazu ist es ja so, daß es bereits in Trient hier das so gehandhabt wird, daß bei Ergänzung des Ausfalles durch die Feuerwehrrkasse das INPS seine Zahlungen nicht tätigt. Es gibt aber nicht nur lohnabhängige Feuerwehrleute, es gibt auch Feuerwehrleute, die arbeitslos sind, die eine autonome Beschäftigung, einer selbständigen Beschäftigung nachgehen und die für diese Zeit wo sie in Dienst sind oder

eventuell in dem Moment wo sie einen Unfall haben und dadurch einen Ausfall in ihrem Arbeitsbereich haben, keinen Ausgleich erhalten, und eben sind hier grundsätzlich diese Ausgleichs wegen Verdienstausfalls und auch die moralische Entschädigung auch speziell für diese Leute vorgesehen. Nur hier trifft man eine generelle Aussage, weil nicht alle in der gleichen Situation sind. Das nur als Klarstellung zu den Äußerungen des Abgeordneten Leitner.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Vecli, ne ha la facoltà.

VECLI: Grazie signor Presidente. Parlo a nome di Italia Federale, collega Taverna. Vorrei fare una piccola riflessione collegandomi a quanto sta succedendo da qualche settimana in Umbria e nelle Marche, proprio perché ritengo che questi avvenimenti tragici devono pure farci fare delle riflessioni, proprio perché credo che la protezione civile ed in primis i vigili del fuoco debbano sempre più essere pronti per fare fronte alle calamità naturali e quindi con una protezione civile che deve essere sempre più attrezzata ed in grado di affrontare ogni eventualità.

La protezione civile è una macchina complicata, difficile, non solo da governare, ma soprattutto da coordinare. Abbiamo toccato con mano che quando c'è un'emergenza ed una calamità, i tempi di reazione devono essere veloci, la macchina deve partire molto in fretta, proprio perché si possano evitare danni non solo morali, come sembra che qui si stia disquisendo, ma soprattutto problemi di vite umane.

La macchina della protezione civile deve essere in grado di dare risposte precise, puntuali e quindi bisogna investire e non soltanto nelle strutture, ma soprattutto nelle risorse umane. Questo è un settore del volontariato che bisogna sostenere, non possiamo dimenticare quanto hanno fatto e fanno questi uomini.

Credo che non solo in Italia, ma anche in altre parti d'Europa, sia la protezione del Trentino, come quella dell'Alto Adige viene presa come esempio, questo ci deve pur fare riflettere. Ecco che allora il disegno di legge n. 84 pone rimedio a palesi ingiustizie e soprattutto dobbiamo anche tenere presente che l'antincendi risulta essere statisticamente soltanto il 10-12% degli interventi che un vigile del fuoco va a sostenere. Ora non è possibile che un vigile del fuoco possa essere coperto da un'assicurazione soltanto in questo tipo di interventi.

In questo momento, così difficile non solo per la nostra nazione, ma anche per quanto succede in altre parti del mondo, non possiamo e non dobbiamo creare delle barriere, ma dobbiamo far sì che il mondo del volontariato possa proseguire in quest'azione nobile, proprio perché dobbiamo sempre tener presente è costituito da persone che ogni volta che le chiamiamo intervengono prontamente, senza alcun timore.

Ecco allora un appello, affinché queste problematiche vengano prese in considerazione con grandissima attenzione e trovino risposte adeguate, anche perché se ci troviamo in un paese civile, se viviamo in un paese responsabile dobbiamo anche farci carico di queste esigenze. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la collega Zendron, ne ha la facoltà.

ZENDRON: Brevemente Presidente, perché oggi avremo il record di produzione legislativa di questi ultimi due anni, facendo due disegni di legge in un pomeriggio, praticamente abbiamo fatto più che negli ultimi sei mesi.

Credo che siamo tutti consapevoli dell'importanza del ruolo dei vigili del fuoco volontari, che costituiscono l'ossatura della nostra protezione civile nel settore non solo degli incendi, ma come sappiamo ed abbiamo visto in situazioni drammatiche anche nel resto d'Italia ed in altri momenti di difficoltà e di catastrofi.

Una delle qualità e delle caratteristiche è il fatto che i nostri pompieri, a differenza che nel resto d'Italia, sono volontari, a me sembra giusto che i pompieri abbiano un'assicurazione per i rischi che corrono nello svolgimento della loro attività, ogni tanto si ha la sensazione che costituiscono anche una riserva elettorale molto significativa, qui è l'assessore Vecchi, il nostro assessore è il Presidente della Giunta, per cui non lesina i quattrini, ad esempio per costruire una parte della loro scuola, ha speso 48 miliardi, però ne mancano ancora una parte significativa, questo per dare la misura ai colleghi trentini di come non si lesini in questo settore.

Abbiamo presentato con diversi colleghi di vari gruppi anche un emendamento all'art. 1/bis, per chiedere che come indennità venga riferita ad eventuali danni fisici o psichici che i pompieri volontari subiscono nel corso della loro attività, non morali e fisici, perché come ha spiegato molto attentamente il cons. Benedikter all'inizio, non si capisce cosa significhi il danno morale, cioè vuol dire che fanno qualcosa che non va bene, invece nel corso di una attività possono subire dei danni fisici e questo è evidente e poi dei danni psichici, che sono legati...

Non ho ancora finito Presidente, ma volevo spiegare un attimo al Presidente grandi quando ha finito la conversazione...

PRESIDENTE: Ho capito che il suo silenzio è per richiamare l'attenzione di qualcuno.

ZENDRON: No, ma lui sta facendosi spiegare, però permetta che aspetti due secondi.

Brevemente vorrei che mi ascoltasse, così le spiego la mia motivazione, poi si fa informare meglio.

Volevo dire che il danno che si può subire è fisico o psichico nel senso che se c'è uno choc, oppure anche un danno che permane nel tempo, al danno fisico deve essere aggiunto anche sicuramente quello psichico che la persona subisce, parlare di danno morale mi sembra che si entri in una sfera invece dell'etica, del buon comportamento, che non mi pare abbia niente a che fare, in quanto credo che se un pompiere fa qualcosa di male moralmente non deve essere indennizzato, se subisce un'offesa credo che questo non costituisca un danno morale, perché sicuramente l'immoralità è a carico di chi la fa.

Quindi dire che la formulazione è danno fisico e psichico, poi il neo assessore Romano dice biologico, ma lo spiegherà lui, perché a me non è tanto chiaro.

L'ultima osservazione che vorrei fare riguarda l'art. 1/ter in cui si dice: "Il regolamento prevederà altresì una maggiorazione della misura dell'indennità da

corrispondere ai vigili del fuoco volontari infortunati in servizio e a causa del servizio, in modo da assicurare parità di trattamento, tenuto conto della quota restituita all'INPS, con i vigili del fuoco permanenti". Anche questo mi sembra una cosa ragionevole, sarebbe interessante poi sapere quanto le Province intendono normalmente con questa misura di indennità, se ad esempio c'è la stessa misura a Bolzano e Trento, se ci sono differenze.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Benedikter, prego.

BENEDIKTER: Wir haben die Sonderautonomie bekommen, weil in dieser Region gewisse Einrichtungen überlebt haben, die sonst nirgends in Italien gegeben sind. Auch die Vereinten Nationen haben eine sogenannte Charta der indigenen Völker erlassen, wo sie sagen, die indigenen Völker haben Recht auf einen eigenen Staat, wenn sie im Rahmen eines größeren Staates leben und ihre alten Einrichtungen, Traditionen wenigstens teilweise bewahrt haben. Wir können sagen, wir haben was keine andere Region Italiens hat. Wir haben also deswegen eine eigene Zuständigkeit bekommen für Grundbuch, Genossenschaftswesen, die geschlossenen Höfe und freiwillige Feuerwehr und das Feuerwehrwesen. Keine andere Region hat eine Zuständigkeit für das Feuerwehrwesen, nur bei uns, weil es eben einer uralten Tradition entspricht zusammen mit den geschlossenen Höfen, zusammen mit dem Grundbuch, das wir von Österreich übernommen haben, und dem Genossenschaftswesen, das bei uns viel entwickelter war.

Jetzt gehen wir her und taufen das freiwillige Feuerwehrwesen, sagen also, daß der Dienst des Freiwilligen Feuerwehrmannes einen moralischen Schaden bringt. Ich sage nichts, physisch ist klar und wenn er psychisch einen Schaden erleiden, dann bitte. Moralisch aber heißt, er tut etwas was unmoralisch ist, etwas was eine Sünde ist und dafür muß man ihn entschädigen. Das hätte ich mir wirklich nie vorgestellt, daß wenn man dem nächsten Hilfe leistet, unter Umständen sogar eine Lebensgefahr eingeht, daß man davon einen moralischen Schaden erleiden kann. Im Gegenteil der Mensch ist seelisch bereit sich gemäß den Grundsätzen der katholischen Religion für den Nächsten einzusetzen, auch wenn er selber Gefahr läuft. Wenn er Gefahr läuft und einen Schaden erleidet, dann soll er deswegen auch ordentlich vergütet werden, aber nicht daß man diesen Dienst am Nächsten als moralischen Schaden hinstellt. Man könnte ja sagen, als Anerkennung für seine moralische Haltung aber nicht für den moralischen Schaden.

Ich verstehe hier nicht nur die SVP nicht, sondern auch die Trentiner nicht, daß sie jetzt im Jahre 1997 darauf kommen, daß diese Freiwilligen Feuerwehren nicht nur Gefahr laufen einen physischen Schaden zu erleiden, sondern auch einen moralischen. Ich verstehe sie wirklich nicht. Ich werde selbstverständlich gegen dieses Gesetz stimmen wenn das Wort moralischer Schaden bleibt.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Romano, prego.

ROMANO: Per un chiarimento tempo che credo possa sbloccare la situazione, visto che conosco questo problema per la disciplina che riguarda gli infortuni sul lavoro, ai quali dobbiamo rapportarci.

Nella normativa la disciplina degli infortuni sul lavoro, ormai una giurisprudenza consolidata ha individuato due tipi di danno: quello fisico ed il cosiddetto danno biologico. Il danno fisico si capisce facilmente è la menomazione che l'individuo subisce per effetto di un incidente, mi faccio male, mi rovino la faccia in un incendio e quello è indennizzato; c'è poi un altro danno, che è quello che credo si voglia riferire con questa terminologia, che è impropria sia sotto il profilo del termine morale che del termine psichico, che è detto danno biologico. Che cosa è ? E' il danno che deriva da quella situazione di disagio in cui l'individuo si trova per effetto dell'incidente nel rapportarsi al contesto sociale. Faccio un esempio. Un pompiere si sfregia il volto in un incendio, ha il danno fisico che è quello che deriva dalla menomazione al volto e viene quantificato ad un certo costo, ma c'è il danno biologico che deriva dalla situazione di handicap di questa persona nel ritornare in quel contesto sociale nel quale lui si trovava, amicizia, affetti, famiglia, società e così via. Questo dalla scienza giuridica viene qualificato come danno biologico ed è stato anche recentemente come oggetto di percentualizzazione in varie sentenze.

Perché dico questo? Perché parlare di danno morale è una questione completamente diversa, il danno morale è un danno all'immagine del soggetto, quindi se un pompiere si fa male nello svolgimento della sua mansione non subisce un danno alla sua immagine, quello psichico poi è attinente alla sfera intellettuale, quindi il danno che deriva dalla sua personalità per effetto dell'infortunio è definito dalla scienza giuridica danno biologico.

Quindi propongo che la terminologia esatta sia quella di danno fisico e biologico.

PRESIDENTE: La parola al Presidente della Giunta regionale.

GRANDI: Debbo una risposta a coloro che sono intervenuti per dire che la sostanza della legge riguarda appunto la volontà di corrispondere un'indennità a chi ha subito danno, perché appunto infortunato in servizio o per causa di servizio.

Ora qui si sta discutendo di questa connotazione morale, allora anzitutto è bene evidenziare che questa è una impostazione di carattere volontaristico, quindi attiene un po' il campo dell'etica e per questa indennità dell'ente pubblico non ha solo natura di un risarcimento danni dal punto di vista economico, ma anche da altro punto di vista, come giustamente è stato detto.

Allora noi siamo sicuramente disponibili ad aggiustare questo problema della qualificazione, se il termine 'morale' viene ritenuto da parte di quest'aula che è bene sostituirlo, ovviamente, poiché non c'è di mezzo questione di sostanza...

PRESIDENTE: Presidente, siamo in discussione generale, sugli articoli sono stati presentati alcuni emendamenti, ci confronteremo dopo con l'aula, questo credo sia il modo di procedere.

GRANDI: Sì, perfetto, ma mi premeva appunto annunciare, anche perché era stato chiesto da parte di qualche consigliere, che c'era questa disponibilità ad aggiustare questo termine.

L'altra questione sollevata è quella della competenza. Qui quello che può essere detto è che la Regione può deliberare proprie indennità, stabilendone natura e caratteristiche ed in base a queste naturalmente ne determina la misura.

Per quanto riguarda poi la parte fiscale va detto che questa è di sola spettanza dello Stato, quindi la Regione determina queste indennità, per gli aspetti fiscali occorre fare riferimento naturalmente allo Stato.

Per ciò che invece riguarda le domande fatte sulle quantificazioni, debbo dire che da questa legge non deriva alcun onere alla regione, ma che sono solo oneri per le Province. Mi riserverò poi in sede di articolato di parlare dell'emendamento.

PRESIDENTE: Pongo in votazione il passaggio alla discussione articolata. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 8 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli, il passaggio alla discussione articolata è approvato.

Dò lettura dell'art. 1.

Art. 1

Il termine "servizio" del comma 1, lettera b) dell'art. 33 della legge regionale 20 agosto 1954, n. 24, per causa del quale il personale dei corpi dei vigili del fuoco subisce infortuni, comprende tutte le attività, anche di propria iniziativa, svolte dai corpi dei vigili del fuoco volontari in quanto tali.

DENICOLO':

Art. 1

Der Begriff "Dienst" (Art. 33 Abs. 1 Buchst. b) des Regionalgesetzes vom 20. August 1954, Nr. 24), in Ausübung dessen das Personal der Feuerwehr Unfälle erleidet, bezieht sich auf sämtliche, auch in Eigeninitiative von Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehrkorps in Ausübung ihrer Funktion durchgeführten Tätigkeiten.

Präsident Peterlini übernimmt den Vorsitz

Assume la Presidenza il Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Danke. Sind Stellungnahmen zum Artikel? Bitte, Abgeordneter Gasperotti.

GASPEROTTI: Presidente, chiedo che all'art. 1 sia precisato che è il corpo che attiva l'iniziativa, altrimenti si potrebbe interpretare che sia il singolo. A me sembra non molto chiaro laddove si afferma 'propria iniziativa'.

Presidente, il problema è solo mio probabilmente, la 'propria iniziativa' intesa come corpo e non come singolo vigile, vorrei che fosse chiaro, il singolo vigile non è nell'attività come 'propria iniziativa', ma solo facente capo ad un'organizzazione, l'iniziativa deve essere dell'organizzazione dei vigili, non del singolo, è sottinteso, ma avevo capito solo che 'anche di propria iniziativa' fosse interpretabile del singolo vigile, perché l'attività di vigile del fuoco è organizzata dal corpo, quindi giustificata.

Volevo solo sapere se era del corpo o del singolo.

PRÄSIDENT: Wer möchte noch das Wort? Abgeordneter Fedel, bitte.

FEDEL: Credo che la legge del buon senso abbia un significato. E' evidente che per rispondere al cons. Gasperotti, ancorché non sono l'assessore competente, perché non so nemmeno di che cosa sarò assessore e non mi inquieto assolutamente, però sotto il profilo pratico sarà il comandante in certe circostanze a decidere, cons. Gasperotti, mentre in altre sarà il direttivo a prevedere le necessarie decisioni.

Quindi non può il Presidente della Giunta regionale o provinciale stabilire a priori se sarà solo il comandante a dover assumere una decisione o se si potrà riunire il direttivo, se ci sono dei momenti di difficoltà evidentemente sarà il comandante il primo a decidere, consultandosi in modi possibili con il direttivo.

PRÄSIDENT: Wir stimmen damit über den Artikel 1 ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben? Die Hand oben lassen, wer dafür ist? Bitte zählen. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme?

Die namentliche Abstimmung ist zur Überprüfung der Abstimmung beantragt worden. Wir haben sie heute in der Früh auf Anregung des Abgeordneten Palermo geprüft und er hat recht gehabt. Bei der Überprüfung der Abstimmung sieht die Geschäftsordnung ausdrücklich den Namensaufruf vor.

Wir stimmen damit namentlich über den Artikel 1 ab. Wir beginnen mit dem Buchstaben A.

(segue votazione con appello nominale)

DENICOLO': Achmüller (*ja*), Alessandrini (*astenuto*), Andreotti (*non presente*), Atz (*ja*), Benedetti (*astenuto*), Benedikter (*ja*), Benussi (*astenuto*), Berger (*ja*), Binelli (*sì*), Boldrini (*non presente*), Bolzonello (*astenuto*), Bondi (*non presente*), Casagrande (*sì*), Chiodi-Winkler (*astenuto*), Cigolla (*sì*), Conci-Vicini (*sì*), Dalbosco (*non presente*), Delladio (*astenuto*), Denicolò (*ja*), De Stefani (*non presente*), Di Puppo (*non presente*), Divina (*non presente*), Durnwalder (*ja*), Fedel (*sì*), Feichter (*ja*), Frasnelli (*non presente*), Frick (*ja*), Gasperotti (*no*), Giordani (*sì*), Giovanazzi (*sì*), Grandi (*sì*), Holzer (*non presente*), Holzmann (*non presente*), Hosp (*ja*), Ianieri (*astenuto*), Kasslatter-Mur (*non*

presente), Klotz (*ja*), Kofler (*non presente*), Kury (*non presente*), Laimer (*ja*), Leitner (*ja*), Leveghi (*non presente*), Mayr C. (*ja*), Mayr J. (*non presente*), Messner (*ja*), Minniti (*non presente*), Montefiori (*non presente*), Morandini (*sì*), Moser (*non presente*), Munter (*non presente*), Muraro (*sì*), Pahl (*ja*), Palermo (*astenuto*), Pallaoro (*non presente*), Panizza (*sì*), Passerini (*astenuto*), Peterlini (*ja*), Pinter (*astenuto*), Romano (*sì*), Saurer (*ja*), Tarfusser (*ja*), Taverna (*astenuto*), Tosadori (*non presente*), Tretter (*sì*), Valduga (*non presente*), Veccli (*sì*), Viola (*non presente*), Willeit (*sì*), Zanoni (*non presente*), Zendron (*non presente*).

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben.

Abstimmende:	45
Ja-Stimmen:	33
Nein-Stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	11

Damit wird der Artikel 1 genehmigt.
Wir kommen jetzt zum Artikel 1 bis, den ich verlese.

Art. 1 bis

1. Le "indennità", sia temporanee che permanenti, erogate ai vigili del fuoco volontari ed alle persone chiamate a prestare la propria opera a norma dell' articolo 26, ai sensi del comma 1, lettera b) dell' articolo 33 della legge regionale 20 agosto 1954, n. 24, non hanno funzione sostitutiva o integrativa al reddito, bensì hanno carattere puramente risarcitorio del danno morale e fisico contratto nello svolgimento di un servizio volontario e sociale.

Da gibt es noch einen Abänderungsantrag der Frau Abgeordneten Zendron und anderer.

Im Aritkel 1 bis werden die Worte "moralischen oder physischen" durch die Worte "physischen oder psychischen" ersetzt.

All'articolo 1 bis, le parole "danno morale e fisico" vengono sostituite dalle parole "danno fisico e psichico".

DENICOLO':

Art. 1 bis

1. Die "Entschädigungen", sowohl die vorübergehenden wie auch die ständigen, die den freiwilligen Feuerwehrleuten und den gemäß Artikel 26 zur Mithilfe herbeigezogenen Personen im Sinne des Absatzes 1, Buchstabe b) des Artikels 33 des Regionalgesetzes vom 20. August 1954, Nr. 24 ausbezahlt werden, haben nicht ergänzende oder ersetzende Funktion für das Einkommen, sondern sind ausschließlich

als Ersatz für einen in Ausübung eines freiwilligen und sozialen Dienstes erlittenen moralischen oder physischen Schadens zu betrachten.

PRÄSIDENT: Jetzt reden wir zuerst über den Abänderungsantrag. Wer möchte das Wort? Die Abgeordnete Zendron, als Einbringerin, zur Erläuterung.

Bitte, Frau Abgeordnete Zendron.

ZENDRON: Grazie Presidente. Ho presentato questo emendamento, su cui spero che tutti prenderanno posizione, così avremo poi tempo di riflettere su emendamenti presentati all'ultimo momento di ben altro peso, in quanto si sta preparando il trasferimento di uno dei servizi delle competenze della Regione alle Province e si spera che non ce ne accorgiamo, ma ne parleremo nella prossima sessione per molto tempo.

Quindi oggi dobbiamo spiegare bene questo emendamento che invece ha raccolto, anche durante la discussione generale, un interesse notevole, un appoggio positivo da parte della Giunta provinciale, anche se sarà inutile migliorare la legge visto che le nostre leggi, quando arriviamo all'ultimo articolo vengono tutte bloccate dagli interventi all'ultimo minuto dallo SVP ed abbiamo già una serie di leggi lunga all'ordine del giorno che all'ultimo momento vengono bloccate con questi giochetti.

Il testo di legge attuale all'art. 1/bis propone che le indennità erogate ai vigili del fuoco volontari ed alle persone chiamate a prestare la loro opera ecc., abbiano un carattere risarcitorio del danno morale e fisico contratto nello svolgimento di un servizio volontario sociale.

Ora noi abbiamo presentato un emendamento in questo senso, devo dire su suggerimento del cons. Benedikter, anche se sono la prima firmataria di questo emendamento, per cui si chiede la modifica del termine 'morale', che ci sembra poco opportuno, in quanto un vigile volontario non credo che possa subire dei danni morali, ma invece dei danni psichici, che possono essere riferiti al fatto che magari fisicamente esce integro da una situazione di difficoltà, ma che subisce uno choc o una lesione permanente e con questa lesione non avrà solamente un danno fisico, ma anche di carattere psichico.

Molti hanno firmato questo mio emendamento, l'assessore Romano ha fatto anche un intervento sostenendo la validità di questa espressione nuova, vorrebbe infatti introdurre la dizione 'biologico', che viene usata per gli infortuni sul lavoro. Personalmente non sono contraria, mi sembra lungo dire 'fisico, psichico e biologico', se però gli altri colleghi che hanno firmato sono d'accordo nell'aggiungere anche biologico non sarei contraria, dovrebbero fare un segnale e magari nei loro interventi spiegare se sono d'accordo con questa modifica.

Credo che le argomentazioni portate dall'assessore Romano siano anche giuste, tutto sommato è nostro interesse quello di avere una descrizione chiara di quelli che sono i diritti dei vigili volontari, in quanto tutti noi pensiamo che il servizio svolto dai vigili volontari sia molto importante e sia anche un'organizzazione che funziona bene, molte volte siamo invidiati da altre regioni italiane per l'organizzazione che abbiamo in questo settore, che non si occupa più come una volta di semplici incendi, ma

anche di cose importanti, intervengono anche in situazioni di catastrofi, rischio di inondazioni, come abbiamo avuto nella primavera scorsa e quindi tutta una serie di situazioni di pericolo per cui il loro lavoro è molto prezioso.

Penso sia molto importante che si rispetti e si sostenga l'organizzazione di tipo volontario. Chiedo quindi a tutti i colleghi firmatari di dare un segnale se sono d'accordo di aggiungere a 'danno fisico e psichico' l'espressione 'biologico' in maniera ci sia la copertura di tutte le fattispecie possibili nel modo più ampio, se ci sarà l'accordo di tutti allora ripresenterò l'emendamento con l'aggiunta anche di 'biologico', come ha suggerito il Presidente della Giunta, che sembra disposto ad approvare l'emendamento in questa forma completa, tenendo conto delle osservazioni del collega Romano.

Grazie Presidente.

PRÄSIDENT: Wollen Sie alle zu diesem Abänderungsantrag reden oder zum Artikel? Sind diese Wortmeldungen nicht darauf bezogen? Abgeordneter Gasperotti, zu diesem Abänderungsantrag?

Bitte, Abgeordneter Gasperotti.

GASPEROTTI: Presidente, per aggiungere anche qualcosa in più rispetto ai rischi dell'attività svolta dai vigili volontari. Il garantire questa attività volontaristica, la copertura da eventuali infortuni è una necessità, il coprire al massimo i danni che subisce il soggetto è nell'emendamento, aggiungerei anche, perché non possa essere dimenticato, il modo di come si assicurano tali soggetti ed il percorso che si compie nel raccogliere le proposte dell'assicurazione.

Non vorrei che accadesse come in certi casi assicurati con copertura in parte dal pubblico ed in parte dal privato, spero la convenienza suggerirebbe di disdire l'assicurazione, assumendo in toto la parte pubblica, perché spero il premio supera largamente il rischio.

Il numero delle persone interessate sono molte, i volontari nella Regione sono un corpo riconosciuto da tutto il resto del paese, come efficiente e capace, ritengo che il dare attuazione all'emendamento presentato dalla collega Zendron ed altri dia una risposta sufficiente dal punto di vista del riconoscimento del rischio. Nell'attuare successivamente questa legge, sarà compito della Giunta di evitare che ci siano incomprensioni o piccole clausole, per evitare che ci sia un dispendio di denaro pubblico e che la polizza non copra tutti i rischi derivanti dallo svolgimento dell'attività di vigile del fuoco, in questo caso volontario.

Quindi un intervento a favore di questo emendamento, le preannuncio Presidente che, se si passasse al successivo emendamento interverrò per tutto il tempo a mia disposizione, ma non soltanto il sottoscritto, anche i colleghi che non sono d'accordo di inserire normative rivoluzionarie attraverso un emendamento, mi riferisco alla proposta di modifica dei cons. Berger ed altri, perché questo significa stravolgere una normativa in essere attraverso proprio un emendamento. Si fa una legge per

riconoscere il rischio ai vigili e nella stessa legge si inserisce un emendamento che cambia l'indirizzo dell'ordinamento da parte della Regione alle Province stesse.

PRÄSIDENT: Sind sie alle zum Antrag? Ja? Abgeordneter Benedikter, bitte.

BENEDIKTER: Es ist der Abänderungsantrag eingebracht worden, daß man moralisch streicht und stattdessen psychisch einsetzt. Meiner Ansicht ist damit alles gedeckt was richtig wäre zu entschädigen, denn unter physisch fällt meiner Ansicht nach auch das biologische.

Sonst schaut es so aus, als ob wir hier nicht genügend italienisch verstehen würden und nicht verstehen, daß das biologische in den allgemeinen Begriff physisch fällt und dann psychisch ist selbstverständlich etwas anderes. Ist gewissermaßen das Gegenteil und das ist noch gerechtfertigt. Aber sagen physisch und biologisch, das biologische ist ein Bestandteil des physischen. Insofern verstehe ich nicht den Abgeordneten Romano, daß er meint man müßte zum physischen noch das biologische hinzufügen. Er müßte es ja besser wissen als geborener Italiener. Meiner Ansicht nach haben wir alles erfaßt, wenn wir sagen physisch und psychisch. Wir haben das moralische beiseite gelassen, was ja ein Unsinn war.

Man hat doch das Feuerwehrwesen als Zuständigkeit der Region anerkannt. Wir sind die einzige Region Italiens, die diese Zuständigkeit hat, weil hier seit eh und je die Tradition der Freiwilligen Feuerwehr bestanden hat und man hat sie als für diese Region eigentümliche Erfahrung anerkannt. Wir allein haben diese Zuständigkeit neben der Zuständigkeit für Grundbuch für geschlossene Höfe und für das Genossenschaftswesen. Darauf beruht sozusagen die gewisse Besonderheit unserer Autonomie gegenüber den anderen Regionen, das Freiwillige Feuerwehrwesen; nicht weil sie damit etwas Unmoralisches tun, sondern weil sie etwas höchst Moralisches tun und nicht umgekehrt. Also dürfen sie nicht vergütet werden, weil sie moralischen Schaden erleiden. Das ist ja ein Wahnsinn.

Ich möchte noch ein paar Minuten weiterreden, aber es ist 18.00 Uhr.

PRÄSIDENT: Danke, Abgeordneter Benedikter. Wir setzen die Debatte das nächste Mal fort. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

(ore 18.00)

INDICE

Disegno di legge n. 80:

Disposizioni concernenti la
contrattazione del personale appartenente
all'area dirigenziale (presentato dalla
Giunta regionale)

pag. 11

Disegno di legge n. 84

Interpretazione autentica del termine
"Servizio" del comma 1 lettera b)
dell'articolo 33 della Legge regionale 20
agosto 1954, n. 24 (presentato dalla
Giunta regionale)

pag. 43

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 80:

Bestimmungen über den Tarifvertrag
betreffend den Rang des mit
Führungsaufgaben betrauten Personals
der Region (eingebracht vom
Regionalausschuß)

Seite 11

Gesetzentwurf Nr. 84:

Authentische Auslegung des Begriffs
"Dienst" laut Art. 33 Abs. 1 Buchst. b)
des Regionalgesetzes vom 20 August
1954, Nr. 24 (eingebracht vom
Regionalausschuß)

Seite 43

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

KLOTZ Eva (Gruppo Union für Südtirol)	pag.	3-9-30-33
ZENDRON Alessandra (Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc) 50-56	"	4-19-28-38-42- 50-56
CHIODI-WINKLER Wanda (Gruppo Partito Democratico della Sinistra)	"	6-14-24-34
ATZ Roland (Gruppo Südtiroler Volkspartei)	"	6-44
PINTER Roberto (Gruppo Solidarietà - Rifondazione)	"	8
GRANDI Tarcisio (Gruppo Partito Popolare del Trentino-A.A.) 52-53	"	11-18-26-39-43- 52-53
LEITNER Pius (Gruppo Die Freiheitlichen)	"	12-17-48
BENEDIKTER Alfons (Gruppo Union für Südtirol)	"	13-23-45-51-58
DIVINA Sergio (Gruppo Lega Nord Regione Trentino-A.A. per l'indipendenza della Padania)	"	15-36
GASPEROTTI Guido (Gruppo Solidarietà - Rifondazione)	"	20-32-54-57
TAVERNA Claudio (Gruppo Alleanza Nazionale)	"	35-46
BOLDRINI Lelio (Gruppo Lega Nord Regione Trentino-A.A. per l'indipendenza della Padania)	"	41
BERGER Johann Karl (Gruppo Südtiroler Volkspartei)	"	48
VECLI Gianpietro (Gruppo Italia Federale)	"	49

ROMANO Francesco <i>(Gruppo Partito Popolare del Trentino-A.A.)</i>	"	52
FEDEL Domenico <i>(Gruppo Ladins - Autonomia TrentinoIntegrale)</i>	"	54